

Märkischer Sprecher

[illegible]

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amthches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

Druck: Buchdruckerei Wilsb. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Verlag: Märkischer Sprecher, G. m. b. H., Bochum. Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11, Fernsprecher 125.
Postfachkonto Dortmund Nr. 3695. Schriftleitung: Buddenbergstr. 4, Fernsprecher 125.

Anguilenbreyer: Die 77 mm breite Sella in 1 mm Höhe im Dreieck. Der 40 mm hohe Kopf, 7 Goldpig., Familienangelegenheiten u. Stellenangelegenheiten. 5 Goldpig., außerdem 10 Goldpig., 10 Goldpig., 10 Goldpig., 10 Goldpig., die 77 mm breite Reflektierfläche in 1 mm Höhe 5 Goldpig. Für die Aufnahme von Anguilen an vorgeschriebenen Tagen und Stunden wird eine Wendung übernommen. — Bei angangsweiser Betreibung der Anguilenbreyer, wenn die Anguilenbreyer in der ersten Reihe wird der bestimmte Abstand 100 m. Anguilenbreyer von Anguilen abends 8 Uhr, für größere Nachmittage 4 Uhr.

Pr. 11.

Donnerstag, den 3. April 1924.

96. Jahrgang.

Das Sachverständigen-Gutachten

Nur noch Uebersetzungen notwendig.

TU. Paris, 2. April. Wie neuerdings aus zuverlässiger Quelle verlautet, wird der Sachverständigenbericht am Sonnabend oder auch erst am Montag der Reparationskommission überdrast werden. Es bade sich die Notwendigkeit herausgestellt, in dem Bericht gewisse Uebersetzungen vorzunehmen. Mit dieser Arbeit habe der Ausschuss Daves heute nachmittag begonnen. Voraussichtlich wird der 2. Ausschuss seinerseits morgen eine Schlussforderung berufen. Zwischen den Mittgliedern der Aussüsse soll zurzeit völliges Einvernehmen herrschen. Die Sachverständigen schlagen bekanntlich die Gründung einer Goldnotenbank vor, die ihren Sitz unter internationaler Kontrolle in Deutschland und nicht, wie ursprünglich angenommen wurde, im Auslande haben würde. Man erklärt heute, daß dieser Vorschlag auf Veranlassung des Directors der Bank von England Montague Norman gelegentlich seines letzten Pariser Aufenthalts gefaßt wurde.

w. Paris, 2. April. Nach dem „Newyork Herald“ sind verschiedene Abschnitte des Berichts des Generals Dawes fertiggestellt und bereits gedruckt. Das vollständige Dokument, das annähernd 120 Maschinenseiten mit verschiedenen Anhängen umfaßt, könne nicht vor Sonnabend fertig sein. Das bedeutet die Veröffentlichung am Montag.

TU. Paris, 2. April. General Davies tritt am 22. April die Rückreise nach Amerika an. Mac Kenna, der Vorsitzende des Zweiten Ausschusses, der augenblicklich in London weilt, ist telegraphisch von dem Abschluß der Arbeiten des Ersten Ausschusses benachrichtigt worden. Mac Kenna trifft morgen in Paris wieder ein. Der Zweite Ausschuss schließt Mittwoch oder Donnerstag seine Arbeiten.

Paris, 1. April. Der Ausschuß Dawes hat heute die verschiedenen Berichte des Bankunterausschusses geprüft, insbesondere die über die Emissionsbank. Wahrscheinlich wird der Ausschuß Mac Kenna morgen zusammentreten, um die letzte Hand an seinen Bericht zu legen.

Paris, 2. brül. Habas meldet aus Brüssel: Die "Zuwendung Belgiens" erfährt von einer in enger Verbindung mit der Reparationskommission stehenden Personlichkeit, daß alle Entschädigungen der Sachverständigen einstimmig gefaßt worden seien. Jeder Ausdruck des Verdichtes sei genau berechnet und abgemessen, um zu verhindern, daß er auf zweierlei Weise ausgelegt werden könne. Der Sitz der Emmissionen habe sich auf der internationalisierten Kontrolle wohl sehr nach dem Zufall ab und zu verlagert werden, wie es kürzlich nach der Pariser Reise des Gouverneurs der Bank von England bei den Kassen worden sei. Die Sachverständigen hätten sich an mehreren Punkten von den belgischen Sachverständigen arbeiten lassen lassen. Sie hätten die Zahlungsfähigkeit Deutschlands nach einem System wachsender Jahreszahlungen geschätzt. Die Finanzplanung der Sachverständigen in den ersten Jahren sei gemeinsam vergelefen. Die Jahreszahlungen würden anfangs sehr gering sein. In den deutschen Zahlungen solle künftig eine völlige Störung mehr eintreten.

Bierjähriges Moratorium für Deutschland?

TU. Paris, 2. April. „Welt Parisien“ will erfahren haben, daß das von den Sachverständigen vorgeschlagene Moratorium für Deutschland sich auf vier Jahre erstrecken soll.

London, 2. April. Der Pariser Berichterstatter der „Morningpost“ schreibt, in dortigen britischen amtlichen Kreisen herrsche die Ansicht vor, daß der Bericht des Dalnes-Ausschusses nicht sehr verschieden sein werde von dem seitens Bonar Law auf der Pariser Konferenz vorgebrachten, jedoch abgelehnten Vorschlag. England schlug damals vor, daß Deutschland ein siebenjähriges Moratorium mit Bezug auf Zahlungen ersäße, dann für vier Jahre 100 Millionen Pfund jährlich zahle, für die nächsten zwei Jahre 120 Millionen Pfund jährlich und für die nächsten zehn Jahre 166 Millionen Pfund jährlich oder eine vereinbarte geringere Summe, mit anderen Worten, einschließlich gewisser Entlassungen würde die gesamte Reparation Deutschlands von 600 000 000 Pfund den Mai 1921 festgesetzten Gesamtbetrag, auf 2 500 000 000 Pfund herabgesetzt werden. Mit dieser vorgeschlagenen Gesamtsumme würde von Deutschland eine Milliarde Pfund Sterling pro Jahr gefordert werden. Mit diesem Vorschlag hätte die britische Regierung einen Plan unterbreitet, der bedeutet, daß wenn Frankreich die vorgeschlagene Ermäßigung der deutschen Schuld annimmt, seine eigene Schuld an Großbritannien gestrichen werden würde.

Arbeitsbeginn der Goldnotenbank.

TU. Berlin, 2. April. Der Reichsbankpräsident
 Dr. Schacht empfing heute einen Mitarbeiter des
 Deutschen Handels-Dienstes (HDD.) und gab Aus-
 kunft über einige Fragen, die den Arbeitsbeginn
 der Goldstillen betreffen. Hiernach wird das In-
 stitut seine Tätigkeiten bereits im Laufe der nächsten
 Woche aufnehmen. Es ist nicht beabsichtigt, für die
 Goldstillen einen besonders großen Apparat
 aufzustellen. Sie wird auch räumlich im Gebäude
 der Reichsbank in Berlin untergebracht werden
 und organisatorisch als eine Goldabteilung der
 Reichsbank funktionieren. Für das Belieferungsge-
 schäft stehen die in Aussicht genommenen Beträge,
 vor allem das Eigenkapital, der Bank zur Ver-
 fügung. Bei der Auswahl der Kreditnehmer wird
 vor allem darauf zu achten sein, daß das Institut
 in erster Linie gefördert wurde, um die Produk-
 tion der deutschen Wirtschaft zu fördern. Konsum-
 kredite kommen kaum in Betracht. Die bisher in

Deutscher Gegenvorschlag zur Militärkontrolle.

Ueberreichung einer Note der Reichsregierung in Paris.

Der Inhalt der Note.

w. Berlin, 1. April. Der deutsche Botschafter in Paris hat dem Präsidenten der Botschaftskonferenz mit Bezug auf dessen Note vom 5. März über die Frage der Wiederaufnahme der Tätigkeit der Internationalen Militärkontrollkommission heute eine Note überreicht, in der es u. a. heisst:

Die deutsche Regierung hat mich beauftragt, der Völkertafelkonferenz vor allem zum Ausdruck zu bringen, daß sie den Willen zur Selbstständigkeit, der aus der Note spricht, erkennt und würdigt. Eine etwaige unvollständige Durchführung unidentifizierter Teile des Abrüstungsabkommens kann aber das glaubt die deutsche Regierung für sich in Anspruch nehmen zu dürfen, nicht dazu führen, daß die Kontrolle beliebig verlängert wird. Die deutsche Regierung gestattete sich den Gegenvorschlag, die Durchführung der Beschränkung der Militärkontrolle von vornherein in die Hände eines anderen Organes zu legen, eines Organes, das eine Gewähr dafür bietet, daß sich die Militärkontrolle in dieser ihrer letzten Phase in einer Atmosphäre ruhiger Verhandlung abspielt. Dies neue Kontrollorgan wäre auch zeitlich ausdrücklich an die Vereinigung der Punkte zu binden, wenn man nicht vorzieht, seine Existenz terminkmäßig zu befristen. Daß Deutschland, abgesehen von den vier Punkten, im September 1922 auch nach Ansicht der alliierten und assoziierten Regierungen mit wesentlichen Teilen des Abrüstungsabkommens nicht mehr in Einklang war, ergibt nach Auffassung der deutschen Regierung bereits die Kollektivnote vom 29. September 1922. Tatsächlich ist ja auch beispielsweise von der englischen Regierung wiederholt positiv anerkannt worden, daß Deutschland, abgesehen von den vier Punkten, seinen Abrüstungsverpflichtungen genügt und insbesondere seine Wehrmacht unter das zulässige Soll von 100 000 Mann reduziert und die Abgabe von Waffen und Munition in vollkommen zufriedenstellender Weise durchgeführt hat.

Es ist verständlich, wenn die alliierten und assoziierten Mächte den Wunsch haben, die Frage, ob

der deutsche Rüstungsstand heute noch derselbe sei, wie er sich im Sommer 1922 und mindestens auch noch im Frühjahr 1923 darstellte, einer Nachprüfung zuzuführen. Aber man würde in die Rechte des Völkerverbundes eingreifen, wenn man eine derartige Nachprüfung in die Hände des zur Kontrolle des Abrüstungsaktes berufenen Organs der alliierten und assoziierten Mächte legen würde, anstatt es dem Völkerverbund zu überlassen. Die deutsche Abrüstung soll nach dem Vertrage von Versailles die Vorbedingung für eine allgemeine Abrüstung darstellen. Die Frage der Aufrechterhaltung des durch die deutsche Abrüstung geschaffenen Zustandes gehört dagegen bereits in den Rahmen der allgemeinen Abrüstung hinein und kann daher nicht getrennt von ihr betrachtet werden. Deshalb kann diese Frage schlechterdings nur von derjenigen Kommission überwaht und nötigenfalls geprüft werden, deren Obhut durch Vertrag und Völkerverbundsaakt die gemeinsamen Interessen aller Völker, insbesondere die Interessen Gesamt-Europas anvertraut sind.

Die deutsche Regierung macht den in der Bot-
schafterkonferenz vertretenen alliierten und asso-
ziierten Mächten daher den

Gegenvorrichtung.

daß sie sich nichts Herbeiführung derjenigen Untersuchungs-handlungen, die sie im Interesse ihrer Verurteilung über den deutschen Rüstungsstand für nötig halten, an den Rat des Völkerbundes wenden. Sache des Völkerbundes wird es dann sein, zu prüfen, ob die Voraussetzungen für die Anordnung einer Spezialuntersuchung gemäß Artikel 13 gegeben sind. Der Völkerbund wird in der Lage sein, durch gleichzeitige Einleitung einer tatsächlichen und allgemeinen Erkundung die breite Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß die etwa für notwendig gehaltenen Untersuchungs-handlungen nicht der dauernden Aufrechterhaltung des jetzigen Mißverhältnisses zwischen dem deutschen Rüstungsstand und demjenigen seiner Nachbarn, sondern der ehrlichen und endgültigen Befriedigung Europas dienen.

Le Trocquer im Ruhrgebiet.

TU. Paris, 2. April. Der Minister für öffentliche
 Arbeiten, Le Trocuer, ist nach dem Ausbruche abge-
 reist. Das hängt offenbar mit gewissen Vorbereitungen
 zusammen, die von der französischen Regierung im Ein-
 blick auf den bevorstehenden Ablauf der Wicumeerträge
 getroffen werden. Le Trocuer hatte im Verlaufe des
 gestrigen Nachmittags eine lange Unterredung mit Poi-
 care, der man in hiesigen Kreisen große Bedeutung bei-
 misst. Nach dem diplomatischen Mitarbeiter des „Echo
 de Paris“ soll Poincare dem Minister bestimmte An-
 regungen an die Vertreter der Wicum im Ausbruche
 mit auf den Weg gegeben haben. Den Industriellen sol-
 len die aus einer gütlichen Verständigung für sie ent-
 springenden Vorteile vor Augen geführt werden. Wenn
 sie aber, so schreibt das Blatt, in Form einer schroffen
 Abgabe den passiven Widerstand wieder aufnehmen, so
 will die französische Regierung nach entsprechendem Wei-
 cunsaustausch mit dem belgischen Kabinett fest ent-
 schlossen, alle nötigen Zwangsmaßnahmen zu ergreifen,
 um die Industriellen zu einer Verringerung ihres Stand-
 punktes zu bewegen.

Kleine politische Mittheilungen.

Die Friedensbemühungen von 1917.
TU. Paris, 2. April. In den nächsten Tagen erscheint in Paris ein Buch von Alexander Ribeyr, der 1917 Ministerpräsident und dann Außenminister war. Der „Eclair“ veröffentlicht heute früh Auszüge aus einem Kapitel, das die Ueberschrift trägt: „War der Friede 1917 möglich?“ Auf diesem Kapitel geht deutlich hervor, daß England im Einverständnis mit dem belgischen Ministerpräsidenten und Außenminister Broquelle große Anstrengungen machte, um einen Frieden mit Deutschland herbeizuführen.

Schweizer Anleihe in Amerika.

TU. Paris, 2. April. Nach einer Savaszmeldung aus Bern hat der schweizerische Bundesrat bei zwei amerikanischen Banken eine Anleihe von 30 Millionen Dollar aufgenommen. Dieser Betrag ist mit 5½ Prozent zu verzinsen und in 20 Jahren rückzahlbar.

Um den Achtstundentag in Belgien.

TU. Brüssel, 2. April. Die belgische Regierung hat eine besondere Kommission aus Vertretern der Industriellen, der Arbeiter und der Finanzwelt zur Ausarbeitung eines Berichts über den achttündigen Arbeitstag ernannt.

Selbstauflösung der französischen Kammer.

TU. Paris, 2. April. Die Selbstauflösung der französischen Kammer ist für den 5. April geplant. Die Regierung kommt ihr darin mit Rücksicht auf die Wahl entgegen.

Niedergang der Strafrechts- pflege.

Aus Juristenkreisen wird uns geschrieben:

Dem amtl. Preuss. Justizminister Dr. v. Bismarck zufolge hat Ministerpräsident Braun in einer Sitzung des Staatsministeriums rühmend hervorgehoben, daß der in einer Sitzung des Staatsministeriums rühmend hervorgehoben, daß der preuss. Justizminister Dr. v. Bismarck als erster Justizminister des jungen Reichsstaates Preußen seit nunmehr 5 Jahren mit vorbildlicher Pflanz und tiefem Sachkenntnis sein Amt verwaltet und mit warmem Herzen die menschlichen Probleme der Strafrechtspflege auf einem seiner Hauptarbeitsgebiete gemacht habe. Diese Feststellung nötigt zu einem kurzen Rückblick auf die praktische Strafrechtspflege der Nachkriegszeit. Es gewinnt den Anschein, als habe der Ministerpräsident mit seinen ehrenben Worten über den Rahmen einer reinen Höflichkeitsformel hinausgehen und ein besonderes Verdienst des Justizministers um die preuss. Strafrechtspflege der letzten 5 Jahre feststellen wollen. Wie berechtigt die Amtstätigkeit des heutigen preuss. Justizministers im einzelnen beurteilt werden wird, steht noch dahin. Das Eine aber kann und muß schon heute offen ausgesprochen werden, daß unter ihm das preuss. Justizministerium weder den nach der Revolution einsetzenden erschreckenden Niedergang der Strafrechtspflege in Preußen irgendwie aufzuhalten vermocht, noch das Vertrauen der höheren Justizbeamenschaft sich zu erhalten verstanden hat. Im Gegenteil, aus hier, wie auf den meisten anderen Gebieten staatlichen Lebens in Deutschland sehen wir als Ergebnis der letzten Jahre Scherben und Trümmer.

Wenn heute in weiten Kreisen der höheren Justizbeamten Preußens das Vertrauen zur Justizverwaltung ernsthaft gestritten hat, so liegt das nach viel gedauelterer Ansicht zum großen Theil an der Personalpolitik des preussischen Justizministeriums, die häufig beschränkt lasse, daß bei der Beförderung von Beamten die sachlichen Erwägungen allzu stark in den Hintergrund gedrängt werden. Inwiefern solche Beförderung die übrigen niemand überraschen und denen noch kürzlich auch das preussische Kammergericht und der preussische Richterverein scharf Ausdruck gegeben haben, begründet sind, oder nicht, mag hier unerörtert bleiben; es genügt, die Tatsache des geschwundenen Vertrauens festzustellen.

Was nun die Entwicklung der preussischen Strafrechtspflege in den letzten Jahren betrifft, so ist vor allen Dingen eine noch heute bestehende Neueinrichtung politischer Natur hervorzuheben, von der zu sagen ist, daß sie unermesslichen Schaden zur Folge gehabt und die Straßvollstreckung in Preußen auf einen Tiefstand heruntergebrückt hat, wie es in zivilisierten Staaten bislang unbekannt war. Es handelt sich hier um die Einrichtung des sog. *Beauftragten für Gnadenfachen*. Während im alten Preußen die Bearbeitung der Gnabengesuche Beurtheiler in der Hand der Staatsanwaltschaft lag, wurde diese Materie nach der Revolution aus leicht zu errathenden politischen Gründen der Staatsanwaltschaft genommen und einer besonderen, bei allen Landgerichten gebildeten, nach einem verwinkelten und umständlichen Verfahren arbeitenden richterlichen Behörde, dem sog. *Beauftragten für Gnadenfachen*, übertragen. Um die ungünstige Wirkung und ungeheure Kostenpieligkeit dieser Einrichtung ahnen zu lassen, genüge der Hinweis, daß, während früher zu der Zeit einer gesunden Straßvollstreckung das Gnabengesuch eine Seltenheit war, es heute zur allgemeinen Regel geworden ist, d. h. zahlennäßig gesprochen, daß heute in Preußen jährlich Hunderttausende von Gnabengesuchen zu erledigen sind. Eine genaue Feststellung und Veröffentlichung der entsprechenden Zahlen würde wahrscheinlich die sofortige Beseitigung dieser Einrichtung und die Rückübertragung der Gnadenmaterie an die Staatsanwaltschaft zur Folge haben. Der Beurtheiler begnügt sich nicht etwa mit dem ersten, meist erfolglosen Gnabengesuch, er nimmt die Behörden solange unter Trommelfeuer weiterer von ihm und auch seinen Angehörigen eingereichter, meist unbegründeter Gnabengesuche, bis endlich, oft nach Ablauf von Jahren, bei den der unablässigen klänselnden Inanspruchnahme müde gewordenen Gnadenstellen, irgend ein Gnadenerweis als reife Frucht vom Baume fällt.

Dieser Zustand hat zur Folge, daß die ständig hin und her wandernden Alten bößig unüberseßlich und nie abgeschlossen werden, daß das Dienstinteresse der Staatsanwaltschaft an der Erledigung der ohne ihr Verschulden gelähmten Strafvollstreckung sinkt, daß die mit der Strafverfolgung betraute Kriminalpolizei kein lebendiges Interesse an der Strafverfolgung mehr hat, weil die Vollstreckung ausbleibt, daß ferner die Achtung vor Gesetz und Urteil sinkt, daß die Strafrechtspflege ein Gegenstand des Spottes wird, kurz, daß schließlich ein allgemeiner Verfall der Moral und des Staatswesens ein-

treten muß, wie ihn Cicero in seiner Rede gegen Verres treffend für die heutige Zeit und Strafrechtsverhältnisse gekennzeichnet hat.

Poincaré's Richtlinien.

Die Aussprache über die Regierungserklärung in der Kammer.

Paris, 2. April. In der heutigen Nachmittags-Sitzung der Kammer gibt der Präsident bekannt, daß ihm drei neue Interpellationen zugehört worden seien. Die Abgeordneten Chappellaine und Denise interpellieren über die maritime Politik, der Abgeordnete Barthélemy über die Kolonialpolitik der Regierung.

Poincaré spricht sich dagegen aus, daß über diese Interpellationen zusammen mit den vorliegenden Interpellationen über die allgemeine Politik verhandelt wird. Der Abgeordnete Chappellaine erklärt, er beziehe sich darauf, daß seine Interpellation heute zur Verhandlung komme. Der kommunistische Abgeordnete Saffont möchte seine Interpellation begründen, um zu erfahren, ob die neuen Mitarbeiter Poincarés das Gesetz beobachten und welche konstitutionelle Rolle der Präsident der Republik spielt.

Barthélemy (Soc.) verlangt, daß seine Interpellation über den Abgang des Kolonialministers Sarraut mit den anderen Interpellationen verbunden werde. Auf Verlangen Poincarés beschließt die Kammer, daß die Interpellation Denise über die maritime Politik mit den anderen Interpellationen verhandelt, daß aber die Interpellationen Saffont und Barthélemy hiermit nicht verbunden werden.

Hierauf verliest der Kammerpräsident den Wortlaut der Interpellation des Abg. Chappellaine von der Arago-Gruppe über die allgemeine Politik der Regierung. Chappellaine führt aus, daß er und seine Freunde stets das Recht haben, die Politik der Regierung zu kritisieren. In einigen Tagen werde das Land zu entscheiden haben, ob es mit denen gehen wolle, die diese Politik gefördert hätten oder mit denen, die sie bekämpfen. Die neuen Männer hätten sich der Politik Poincarés offensichtlich angeschlossen, die auch immer die Politik seiner Partei gewesen sei. Die Abgeordneten müßten jetzt beweisen, daß sie die Politik Poincarés unterstützen, die den Wünschen des Landes entspricht, weil er der erste und der einzige gewesen sei, der sich gegen Deutschland, das nicht bezahlt habe, gewandt habe. Der Abgeordnete Gaboris wendet sich dann gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Briand. Er wird fortgesetzt unterbrochen. Er erinnert u. a. daran, daß Briand in seiner Rede in Carcassonne gesagt habe, die Wahlen von 1919 seien von Wunden gemacht worden und eine große Verwirrung infolge dessen entstanden.

Briand tritt seinen Ausführungen entgegen. Der Herr wird immer größer. Ein Abgeordneter der radikalen Partei greift Gaboris in Zwischenrufen an, was einen großen Skandal

verursacht. Einige Abgeordnete verlesen Artikel gegen Gaboris, der seinerseits beginnt, Poincaré und seine Politik zu loben. Von der Rechten und der Mitte ertönt ein Pulverdellonert, so daß der Präsident die Sitzung abbrechen muß.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung setzte Gaboris seine Rede fort. Ein Abgeordneter versucht wiederum den Redner zu unterbrechen. Er wird zur Ordnung gerufen. Gaboris kann seine Rede fortsetzen.

Nach Gaboris begründet der kommunistische Abgeordnete Blanc seine Interpellation über die allgemeine Politik der Regierung und Zusammenfassung des Kabinetts. Er wünscht von der Regierung Aufklärung, welche Stellung sie gegenüber der Sowjetregierung einnehme. Das Geld, das Frankreich Rußland geliehen habe, habe nur dazu gedient, die Seiden des russischen Volkes zu erhöhen.

Abg. Forgeot von der republikanisch-sozialistischen Aktion erklärte u. a., die gesamte allgemeine Politik der Regierung habe aus Anlaß der Verletzung der Völkerrechte in Frage gestellt. Infolge der Entwertung des Franken hätten die Völkerrechtsverletzungen die tausend Franken erhalten sollen, zu Beginn des Ministeriums Poincaré nur 600 Franken und zwei Jahre später nur noch 200 Franken erhalten. Das beweise, daß die allgemeine Politik der Regierung mit zur Debatte gekommen habe. Forgeot wirft Poincaré vor, die Finanzverwaltung seiner Regierung nicht organisiert zu haben. Nehmen wir uns in Acht, so erklärte er, daß die Aktion zur Entwertung des Franken nicht einen gefährlichen Präzedenzfall schafft. Forgeot spricht abschließend von dem Ermächtigungsgesetz und wirft die Frage auf, wie die neuen Männer der Regierung, die dagegen gestimmt haben, sich hierzu stellen. Er geht sodann zur Ruhrfrage über und stellt mehrere Fragen über die Besetzung der Ruhr und über die Bestimmungen der Räumung sowie über die Sicherung Frankreichs. Er gibt einen Überblick über die Stellung der übrigen Völker zu Frankreich und erklärt, daß die größten Optimisten normalerweise angesichts der Vorgänge in Deutschland nachdenklich werden müßten. Die internationale Lage sei keineswegs befriedigend. Wir haben, fährt er fort, den demokratischen Geist in Deutschland nicht genügend ernüchtert, deshalb müssen wir befürchten, daß die Sicherheit Frankreichs gegen einen deutschen Revancheveruch nicht gewährleistet ist. Er befürchtet eine finanzielle, moralische und militärische Störung Frankreichs. Der Redner beendet seine Rede mit der Erklärung, daß er dem neuen Kabinett sein Vertrauen verleihe. Die Aussprache wird schon am morgen Nachmittag vertagt.

Der Zollanwer-Friedensvertrag.

Sondon, 2. April. Bei der Einbringung der zweiten Lesung der Bill, betreffend den Friedensvertrag mit der Türkei, erfuhr der Unterstaatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten Bonhous das Haus nachdrücklich, die Bill anzunehmen, um eine Ratifizierung des Vertrages ohne weitere Verzögerung zu ermöglichen. Er sagte, die Regierung wünsche die baldigste Erneuerung normaler Beziehungen mit der Türkei und erklärte, Macdonald werde sich mit der allgemeinen Frage des Vertrages zu Ende der Aussprache befassen. Es sei seit langem die erklärte Politik der Arbeiterpartei gewesen, daß die Kontrolle des Parlaments über den Abschluß internationaler Verträge gestärkt werde, und daß das Haus genügend Gelegenheit erhalten solle, die Bestimmungen dieser Urkunde vor der endgültigen Ratifizierung zu erörtern. Es sei die Absicht der Regierung, jeden Vertrag nach der Unterzeichnung für einen Zeitraum von 21 Tagen auf den Tisch des Hauses zu legen, nach deren Verlauf der Vertrag ratifiziert und veröffentlicht werden würde. Im Falle wichtiger Verträge würde die Regierung die Gelegenheit ergreifen, sie dem Hause zur Erörterung zu unterbreiten. Dadurch würden Geheimverträge und Geheimklauseln unmöglich gemacht werden. (Beifall auf der Regierungsbank.) Das Ausbleiben einer Mißbilligung würde als Billigung angesehen werden. Die Regierung werde das Haus über alle Abkommen, Verpflichtungen und Vereinbarungen unterrichten, die in irgend einer Weise die Nation unter gewissen Umständen zur besonderer Aktion verpflichten könnten.

Das konservative Parlamentsmitglied Soars erklärte, Bonhous habe eine bedeutende Rede gehalten.

Die neue Erwerbslosen-Fürsorge.

Von Albert Löffel.

Mit der Einführung der Erwerbslosenfürsorge — zum ersten Mal durch die Verordnung vom 13. November 1918 — wurde für das Deutsche Reich ein völlig neues Gebiet der Sozialpolitik beschränkt, auf dem wesentlichen Erfahrungen vorher nicht vorhanden waren. Zwar bestand bei Gewerkschaften und einzelnen Städten eine Arbeitslosenfürsorge, überwiegend als Versicherung, doch waren diese Einrichtungen aus rechtlichen Gründen ebenso wie die anders gearteten des Auslandes für die neuen Aufgaben, die mit den völlig veränderten Verhältnissen des Arbeitsmarktes entstanden, nur in geringem Umfang verwertbar. Die sich überlagernden Erfahrungen machten aber auch eine häufige Veränderung der Erwerbslosenfürsorge-Verordnungen erforderlich. Inzwischen hat die Reichsregierung sich durch harte, aber hellfarne Maßnahmen bemüht, eine gewisse Annäherung der verschiedenen der Entwurf liegt dem Reichstagsrat bereits vor, vergl. Reichsdruck Nr. 5531 — Reichsarbeitsblatt Nr. 12—13 1922 Seite 329) durch die neue Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 (Reichsgesetzblatt Teil 1, Seite 127).

Die am 1. April in all ihren Bestimmungen in Kraft tritt,

in die Wege zu leiten. Die neue Verordnung verlegt auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge hauptsächlich vier Aufgaben zu erfüllen:

1. Schaffung eines übersichtlichen und klaren Rechtszustandes durch Aufeinanderabstimmung der bisherigen Vorschriften;
2. Beschränkung der Aufwendungen der Erwerbslosenfürsorge auf das unerlässliche Maß, insbesondere durch Begrenzung der Erwerbslosenfürsorge an Arbeitnehmer, die an der Ausübung der Mittel beteiligt sind;
3. Schaffung einer ständigen Einnahmequelle zur Entlastung von Reich, Ländern und Gemeinden durch gezielte Beteiligung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber;
4. Ausbau der produktiven Arbeitslosenfürsorge.

Von den alten Bestimmungen ist vieles bestehen geblieben. Geblieben ist vor allem das, daß es die Gemeinden sind, die eine Fürsorge für Erwerbslose einzurichten haben, wenn dazu ein Bedürfnis besteht. Träger der Erwerbslosenfürsorge ist aber nicht mehr wie bisher grundsätzlich die politische Gemeinde, sondern die Erwerbslosengemeinde, d. h. diejenige Gemeinde, für deren Gebiet ein öffentlicher Arbeitsnachweis bestimmt ist. Dem Ziel der Erwerbslosenfürsorge entspricht es auch, wenn nunmehr die wichtigsten Organe der Erwerbslosenfürsorge der Vorstände und der Verwaltungsausschüsse des öffentlichen Arbeitsnachweises geworden sind. Damit ist eine zweifache Angleichung an das Arbeitsnachweisgesetz erzielt und die wirtschaftliche Selbstverwaltung nunmehr auch in der Erwerbslosenfürsorge eingeführt worden.

Die Verantwortung der Gemeinde

Für die Handhabung der Erwerbslosenfürsorge ist insoweit eindeutig festgestellt, als die Gemeinde für die Beiträge gegen eine ordnungsmäßige Fürsorge einzustehen hat. Hierbei ist der Einfluß der Landes- und darüber mittelbar der Reichsregierung auf die Behandlung der Unterfertigung bedeutend verstärkt. Das gilt auch für das Beschwerdeverfahren. Dem Gemeindevorstand als solchen ist schließlich die Ermächtigung beigelegt worden, auf dem Gebiete der Erwerbslosenfürsorge dem Vorstehenden des öffentlichen Arbeitsnachweises bindende Weisungen zu erteilen, wenn es zur Wahrung öffentlicher Interessen für erforderlich hält. Durch die Neuorganisation der Geschäftsführung sind die alten Erwerbslosenfürsorgeausschüsse beseitigt.

Gegenstand der Erwerbslosenfürsorge ist wie bisher:

1. die unterstützende Erwerbslosenfürsorge (Hauptunterstützung — selbständige Unterstützung — Familienunterstützung, Kurzarbeiterunterstützung, Verlorengehung für den Krankheitsfall, Reisefürsorge) und
2. die produktive Erwerbslosenfürsorge.

Die Kurzarbeiterunterstützung ist aber nicht mehr allgemein vorgeschrieben, allerdings sind die obersten Landesbehörden in der Lage, über Einführung und Beibehaltung zu entscheiden. Die Begründung zur neuen Verordnung weist darauf hin, daß die Beteiligten da, wo die Kurzarbeiter durch regelmäßige Konjunkturschwankungen verursacht wird, früher auch keine öffentliche Hilfe erhalten hätten.

Nach den Ausführungen Bonhous zu schließen, würde die Regierung keinen Vertrag von legendärer Bedeutung ohne die Zustimmung des Hauses eingehen. Er nehme daher an, daß der Premierminister kein Übereinkommen mit den Alliierten über die Frage der Reparationen eingehen werde und daß er kein Übereinkommen mit der russischen Delegation über die Frage der britischen Beziehungen zu Rußland oder der russischen Schuld eingehen werde ohne die vorherige Billigung des Hauses. (Rausch Macdonald schüttelte bei diesen Bemerkungen Soars den Kopf.)

Das Ausland zum Hitler-Prozess.

Londoner Pressestimmen.

TU. London, 2. April. Die heutige Londoner Morgenpresse beschäftigt sich mit dem Münchener Urteil. Allgemein wird darauf hingewiesen, daß der Gerichtshof

halten haben. Reisekosten dürfen nur dann gewährt werden, wenn der Erwerbslose durch behördlich beglaubigten Nachweis glaubhaft macht, daß er im auswärtigen Arbeitsort tatsächlich schon Beschäftigung hat.

Nach wie vor ist die Gewährung der Erwerbslosenfürsorge — einen Rechtsanspruch darauf — von folgenden Voraussetzungen abhängig: Arbeitsfähigkeit, Arbeitswilligkeit, bedürftige Lage und Kriegsfolge. Bei Streiks und Aussperrungen ist die Gewährung der Erwerbslosenfürsorge unzulässig. Die Bestimmungen über die

Dauer der Unterstützung

sind bestehen geblieben. Unverändert sind auch die Bestimmungen, nach denen Erwerbslose die Unterstützung zu versagen oder zu entziehen ist, wenn sie sich weigern, eine nachgewiesene Arbeit anzunehmen. Die neue Verordnung vertritt in viel stärkerem Maße den Grundsatz der Pflichtarbeit. Die Erwerbslosen haben selbst gegen die Erwerbslosenfürsorge Arbeit zu leisten, jedoch nur in bestimmtem Umfang. Die Arbeiten müssen indessen gemeinnützigen Charakter tragen. Schließlich soll die Unterstützung Erwerbslosen, die das 16., aber noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet haben, nur gewährt werden, soweit die oberste Landesbehörde festgestellt hat, daß es Personen dieser Altersgruppen nach der allgemeinen Lage des Arbeitsmarktes trotz besonderer Bemühungen erst nach längerer Arbeitslosigkeit möglich sein wird, Arbeit zu erlangen. Erwerbslose, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, können unterstützt werden, wenn sie zu den gemeinnützigen Arbeiten zugelassen sind. Die Erwerbslosenfürsorge wird ferner Erwerbslosen nicht gewährt, die in den letzten 12 Monaten vor Eintritt der Unterstützungsbedürftigkeit weniger als 6 Monate hindurch eine Beschäftigung ausgeübt haben, in der sie gegen Krankheit pflichtverpflichtet waren. Damit sind freilich die Angehörigen der freien Berufe und die Selbständigen von der Fürsorge ausgeschlossen. Der Reichsarbeitsminister kann indessen Ausnahmen zulassen. (Auch gewerbliche Arbeiter sind aus der Fürsorge auszuschließen, wenn sie nach dem Nachweis der dreimonatigen Krankenversicherungspflichtigen Tätigkeit nicht erbringen.) Mißbrauch der Unterstützung und Nichtbefolgung der Kontrollvorschriften hat ebenfalls die Entziehung der Erwerbslosenfürsorge zur Folge. Jugendlichen, die fortbildungspflichtig sind, kann, wenn sie dem Fortbildungsschulunterricht ohne Grund fernbleiben, die Erwerbslosenfürsorge ebenfalls entzogen werden. Die Krankenversicherung der Erwerbslosen ist dahin geändert, daß bei der Versicherung als Grundlohn lediglich die dem Erwerbslosen für seine Person zustehende Unterstützung gilt.

Die Mittel der Erwerbslosenfürsorge

und die Kosten des Arbeitsnachweises werden durch den Gemeindeanteil, Interessentenbeiträge und Beiträge des Reichs und der Länder aufgebracht. Die Gemeinde hat von dem Aufwand der Erwerbslosenfürsorge ein Drittel, von den notwendigen Kosten des öffentlichen Arbeitsnachweises ein Drittel zu tragen. Die Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber werden nicht mehr in Prozentätzen des Krankheitsbeitrages festgelegt, sondern in Bruchteilen des Grundlohnes. Arbeitnehmer und Arbeitgeber tragen je die Hälfte. Das Reich und die Länder leisten Beiträge, soweit die Kosten durch den Gemeindeanteil und die Interessentenbeiträge nicht gedeckt werden können. Zur Bemessung der Kosten ist ferner die Bildung von Versicherungsgemeinschaften vorgesehen.

Die produktive Erwerbslosenfürsorge

beruht auf dem Grundgedanken, daß wirtschaftliche Maßnahmen aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge (insbesondere Arbeitsbeschäftigung) gefördert werden können, wenn hierdurch Arbeitsgelegenheit für Erwerbslose geschaffen wird, die sonst der Fürsorge anheimfallen würden. Sie ist im einzelnen durch zahlreiche Ausführungsbestimmungen geregelt und trägt, insbesondere in der Form von Zuschüssen zu Arbeitsbeschäftigung, wesentlich zur Entlastung der rein unterstützenden Fürsorge bei.

Die neue Erwerbslosenfürsorgeverordnung trägt auch nur rein vorläufigen Charakter. Die endgültige Regelung der gesamten Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit bleibt der Arbeitslosenversicherung vorbehalten, die dazu berufen ist, Gemmungen und Härten, die auch mit der neuen Notverordnung unvermeidlich sind, aus dem Wege zu räumen und deren Erledigung nicht länger hinter anderen Aufgaben der Sozialpolitik zurückstellen werden sollte.

offenbar nicht gemacht habe, irgend ein Urteil gegen Ludendorff auszusprechen. Die „Daily Mail“ hebt in ihrem Kommentar hervor, daß man es in Deutschland verabschiedet findet, Angriffspläne gegen Frankreich zu schmieden, und daß die militärischen Eigenschaften Deutschlands unverändert geblieben sind. Die konservative „Morningpost“ schreibt, der Prozess wäre ebenso lächerlich wie der Putz. „Daily News“ sagt in einem Leitartikel, die Hochrufe der Münchener Menge bei der Verkündung des Urteils könnten Deutschland teuer zu stehen kommen. „Morningpost“ führt aus, in ganz Deutschland vermehren sich die Anzeichen, daß die reaktionären Kräfte große Fortschritte machen. Es würde für die Alliierten äußerst schwer werden, irgendeine vernünftige Regelung mit Deutschland zu erzielen.

Pariser Auswertungen.

TU. Paris, 2. April. Das Münchener Urteil wird von den Pariser Morgenblättern als bedeutsam und

äußerst vielfach im Hinblick auf die kommenden Reichstagswahlen bezeichnet. Das „Echo de Paris“ schreibt, damit sei ein erstes Urteil gegen das 1918 gegründete demokratische Regime gesprochen. Sauerwein sagt im „Matin“, daß die Schuld an der Freisprechung Ludendorffs einzig und allein die Reichsregierung selbst treffe. Er richtet in diesem Zusammenhang heftige Angriffe gegen den Reichsaussenminister Dr. Stresemann, der dieses schändliche Urteil vorbereitet und gewollt habe.

w. Paris, 2. April. Das Urteil im Hitler-Prozess wird in der Presse außerordentlich unaufmerksam aufgenommen. So schreibt „Gaulois“, es sei neben anderen Anzeichen ein Beweis für die Stimmung in Deutschland, die allzu viele Leute in Frankreich und im Ausland noch nicht gerne feststellen möchten. „Matin“ sagt, die Vorgänge in München offenbarten einen Gletscherzustand, der Frankreich Opfer auferlege, es ließe nicht bringen, die Alliierten und amerikanischen Sachverständigen mögen noch so gewissenhaft Monate hindurch arbeiten, um den praktischen und gerechtesten Reparationsplan auszuarbeiten, Macdonald möge von einer internationalen Entente träumen. Alle diese humanitären Utopien stützten wie Kartenhäuser aufeinander.

Das „Echo de Paris“ schreibt, damit sei ein erstes Urteil gegen das 1918 gegründete demokratische Regime gesprochen. Eine große Anzahl Blätter machen die deutsche Regierung für dieses Urteil verantwortlich und konstruieren einen Zusammenhang zwischen der Entscheidung des Münchener Volksgerichts und der letzten Rede Stresemanns auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Der „Temps“ sagt, daß dieser Freispruch nur erfolgt sei, weil Ludendorff die höchste Verurteilung der Partei sei, die die militärische Revanche wolle. Der „Temps“ kommt dann auf die Rede Stresemanns zurück und fordert in diesem Zusammenhang die Wiederaufnahme der Arbeit der Militärkontrollkommission in Deutschland, und daß diese Kommission möglichst bald Bericht erstatten solle.

„Libre Parole“ meint, der Prozess habe einen Vorteil gehabt, nämlich den Bruch zwischen dem katholischen Bayern und dem protestantischen Preußen noch zu stärken und auf diese Weise die Trennung zwischen den verschiedenen Elementen der Revanche in Deutschland zu verschärfen.

Die Aufnahme in Holland.

Die niederländischen Zeitungen schreiben zum Hitler-Prozess, der Urteilspruch des Münchener Volksgerichts bedeute den Schlußbruch der deutschen Politik. Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ befürchtet außenpolitische Wirkungen des Urteilspruchs.

Eine Rede Ludendorffs.

TU. München, 2. April. Die Anhänger Ludendorffs brachten dem General gestern einen Fackelaug. In Erinnerung an eine Anfrage erwiderte Ludendorff, daß in der Beurteilung Stiller und seiner getreuen Mitarbeiter eine Entwertung des Historikers zu erblicken sei. Er erwähnte, die völkische Bewegung hochzuhalten in Treue und treuestem Erfassen. Jeder Einzelne müsse mitgehen und seine ganze Kraft einbringen für die Freiheit deutschen Landes. Die Anrede wurde mit stürmischen Heilrufen aufgenommen. Schließlich nahm Ludendorff nochmals das Wort und bat die Versammelten, am 6. April ihre Pflicht und Schuldigkeit zu tun für die völkische Sache. Nach der Feier zogen die Teilnehmer nach München zurück. Landespolizei zerstreute dort den Zug, ohne daß es zu Ausschreitungen kam. Die Teilnehmer begaben sich zum Augustiner, wo Hauptmann Böhm gefest wurde, bis das Lokal um 12¼ Uhr geräumt wurde.

Das Verfahren gegen Kahr, Löffel, Geiger.

Nach Blättermeldungen aus München werden dort über das Ermittlungsverfahren gegen Kahr, Löffel und Geiger Einzelheiten bekannt, die darauf hindeuten, daß das Verfahren in kurzer Zeit zur Einstellung gelangen werde. In Krefeld, die General von Löffel nachgesehen, erhalte sich hartnäckig das Gerücht, daß General von Löffel nicht nach Bayern zurückkehren werde, sondern sich der Türkei verpflichten habe.

TU. München, 2. April. Zu dem von einer Berliner Mittagszeitung verbreiteten Bericht, daß Kahr und Geiger aus ihrem Urlaub nicht mehr auf ihre Posten zurückkehren werden, erfährt die Telegraphen-Liga München, daß darüber an amtlicher Stelle nichts bekannt ist. Ebenso ist nachrichtlich nichts davon bekannt, daß durch Verfügung des Bayerischen Staatsministeriums bereits der Nachfolger für die beiden Herren ernannt worden seien. Oberstleutnant Forster vertritt als dienstführender Offizier lediglich den abwesenden Oberst Geiger.

Hitler, Weber und Kriebel auf Festung.

TU. München, 2. April. Gestern nachmittag wurden Hitler, Dr. Weber und Kriebel im Kraitwagen nach Landsberg a. A. zur Strafverbüßung gebracht. Die Überwachen in der Dudenburgstraße sind bereits wieder aufgehoben. Die Stachelbrüche vor dem Regierungsgebäude sind weggenommen.

Die Auslandsbewegung der Eisenbahner.

TU. Berlin, 2. April. Seit mehr als einer Woche sind die Reichsbahndirektionen von Teilschritten der Eisenbahner in den Werkstätten, Güterhallen und Wägen überboten, und die Bewegung, die von Württemberg ausgegangen ist, hat auch auf die Bezirke Magdeburg, Nürnberg, Mannheim, Hamburg und seit gestern auch auf Berlin übergriffen, scheint jetzt jedoch wieder abzuflauen. Es handelt sich um wilde Unternehmungen der Arbeiter, die von den gewerkschaftlichen Organisationen nicht gutgeheißen worden sind. Vertreter der Gewerkschaften aller Richtungen verhandeln gestern bis in die Nacht hinein im Reichsarbeitsministerium mit den Vertretern der einzelnen Ressorts, und daneben fanden Besprechungen zwischen dem Reichsarbeitsminister und dem Reichswirtschaftsminister statt. In der Hauptsache verlangen die Arbeiter eine Angleichung ihrer Bezüge an die Gehaltsaufstellungen, die den Beamten gewährt sind. Das Reichsarbeitsministerium erklärte nun gestern, daß eine Lohnaufbesserung nur bis zur Höhe von 9 Prozent möglich sei und daß aus finanziellen Gründen eine Kürzung des Urlaubs für die Arbeiter unbedingt nötig sei. Weiter soll eine Kürzung der Krankengeldzuschüsse, der Kinderzulagen und der Vergütungen für die Wege zur Arbeitsstelle stattfinden. Der Vertreter des Reichsarbeitsministers betonte, daß das Ministerium durchaus gewillt sei, seine Arbeiter angemessen zu entlohnen, die Finanzlage des Reiches lasse aber zurzeit größere Erhöhungen nicht zu. Man könne und dürfe nicht die Gefahr einer neuen Inflation durch größere ungedeckte Ausgaben hervorrufen. Dieser Standpunkt wurde auch vom Reichsfinanzministerium und vom Reichswirtschaftsministerium auf das Nachdrücklichste vertreten. Die Gewerkschaften treten im Laufe des heutigen Tages zusammen, um zu dieser Sachlage Stellung zu nehmen. Auf dem Anhalter Bahnhof hat

der Streik der auf weiteren mit Ausnahme mittel gesperrt selbst ist die Entnahme von Eisenbahnarbeitern ein großer Teil der nicht zum Teil des durch Streik Karlsruher haben aufgenommen, belagern und wird uneingeschränkt.

w. Karlsruhe. Eisenbahner haben einen großen Teil der nicht zum Teil des durch Streik Karlsruher haben aufgenommen, belagern und wird uneingeschränkt.

w. Berlin. händiger Seite Eisenbahner ab eine Verarmung gearbeitet. In etwa 500 in und Magdeburg Berg ist sie um gegen den Streik.

TU. Karlsruhe. Streik ist im Orte auf die Orte rube befürchten, die rube haben für wieder aufgeben gebiet sind auf erschienen. Die rube. Sie wohnen auf dem aufsteigen, der reichen. Auf es sogar vorwärts von Betrieb wird

Parteitag

Samburg. Reichsfräulein Lehmann, ferner sich ihres Deutsches von der seelischen

Reichstagsabgeordnete, die die hürden der Freisprechung springen zur Rede habe, den Namen rufe.) Wenn ich wieder auf können will, so an der Überlebens-Geschichte. Wir hin, welche Unter die publizistisch und Severin nicht von heute gewinnen. Wir Volk reißt wieder tum.) (Beifall)

Helferich die Verarmung letzten fünf Jahren entwickelte. Ich vorigen Jahres wieder aufwärts daß die Zukunft flut unter den Man wirkt und Opposition eilen hat, wer so pol Welen wie wir, dem ist Opposition über auch in der geleistet, was sich vorkommender Doppel-Rentenmarkt ist bar anzuerkennen die Industrie und San fition den Befähigt eine nationale

nationaler Regie Sinn der nächsten schaffen können, nicht auf 200 M. Hände nicht unter demokratisch-militärischen und lyrischen die Koalition in die Koalition in

Reichstagsabgeordneter, ferner des deutlichen Stolz vor den demokratischen die nationale Volkspartei ihren Reichen.)

Abgeordneter für Reutner und die Deutschnationalen katholischen und eingetretet sei.

In der Nacht abgeordnete Sch „Völkisch und v witz seine Zeichen ist aber das Ei sehr ein einziger Staat, den selbst die deutsche Reaktion wollte die Kapitals befürder des internationalen die demokratische sie führt eines deutsche Kaiserliche nationale sehen wir d niemals war die wie jetzt. Noch wesen, sich selbst Mißtrauen, das gerufen haben. völkischen Kräfte wollen hinausstr eine große Volk mung.)

Hergt gab b m a r d und fühl Träger des Nam Platz genommen

Fürst Otto erhebenden Vergrüßt: Es her als Schirmherr sprechen darf sich zu den Gr partei. (Beifall christlichen Gesell lung, zur folgende

Schlegel-Bräu

schmeckt jedem!

menenden Reichs-
Paris" schreibt,
1918 gegründete
wein sagt im
rechnung Zube-
rechnung selbst treffe.
stellige Angriffe
tresemann, der
gewollt habe.
Stiller-Prozeß
stige aufgenom-
neben anderen
in Deutschland,
im Auslande
t" sagt, die
Gefestigung
der nicht brin-
schen Sachver-
hate hindurch
schlechten Repa-
rationen von einer
diese humani-
t aufkommen.
damit sei ein
demokratisches
Blätter macher
verantwortlich
zwischen der
3 und der le-
ber Deutschen

der Streik der Güterbodenarbeiter dazu geführt, daß bis auf weiteres die Annahme von Gütern und Frachtfreudgut mit Ausnahme leicht verderblicher Waren und Lebensmittel gesperrt werden mußte. Auch aus dem Reich selbst ist die Beförderung der genannten Güter mit Ausnahme von Lebensmitteln nach dem Anhalter Bahnhof amtlich gesperrt.

W. Karlsruhe, 2. April. Die lokalen Streiks der Eisenbahnarbeiter sind im Abflauen. Mehrere Hundert Streikende haben den Dienst bereits aufgenommen, und ein großer Teil wäre bereits zur Arbeit erschienen, wenn er nicht zum Teil schon auf den Dörfern des platten Landes durch Streikposten zurückgehalten worden wäre. In Karlsruhe haben sämtliche Arbeiter den Dienst wieder aufgenommen, sobald sich der Streik auf Mannheim, Heidelberg und Umgebung beschränkt. Der Bahnbetrieb wird uneingeschränkt durchgeführt.

W. Berlin, 2. April. Die den Blättern von ausländischer Seite mitgeteilt wird, sind die Streiks der Eisenbahner abgeklungen. Nachdem heute morgen um 5 Uhr eine Versammlung stattgefunden hat, wird in Berlin voll gearbeitet. In dem Direktionsbezirk Ebersfeld streiken etwa 500 in Efurt 130, in den Bezirken Karlsruhe und Magdeburg hat sich die Lage gebessert, in Württemberg ist sie unverändert. Die Stimmung ist allgemein gegen den Streik.

TU. Karlsruhe, 2. April. Der Eisenbahnstreik ist im Abflauen begriffen und im allgemeinen auf die Orte Mannheim, Heidelberg und Umgebung beschränkt. Im Bezirk des Bahnhofes Karlsruhe haben sämtliche streikenden Arbeiter den Dienst wieder aufgenommen. Auch im übrigen Streikgebiet sind zahlreiche Arbeiter wieder zum Dienst erschienen. Die Zahl der Arbeitswilligen ist sehr groß. Sie werden durch Streikposten, welche sie schon auf dem flachen Lande in ihren Wohnungen aufsuchen, verhindert, ihre Arbeitsstätte zu erreichen. Auf der Strecke Mannheim-Mannheim ist es sogar vorgekommen, daß Schrankenwärter gewaltsam von ihrem Posten vertrieben wurden. Der Betrieb wird uneingeschränkt durchgeführt.

Parteitag der Deutschnationalen.

Hamburg, 1. April. Die Vorsitzende des Reichsfrauenausschusses, Frau Anna Grete Lehmann, lenkt heute die Aufmerksamkeit der Frauen die sich ihres Deutschnationalismus bewußt sind, und die Beispiele von der seelischen Not unserer Zeit.

Reichstagsabgeordneter Graf Westarp hebt hervor, daß die künftige Zukunft, die die Weltstellung der Frau in der Zukunft bestimmen wird, die die Weltstellung der Frau in der Zukunft bestimmen wird, die die Weltstellung der Frau in der Zukunft bestimmen wird.

Reichstagsabgeordneter Graf Westarp hebt hervor, daß die künftige Zukunft, die die Weltstellung der Frau in der Zukunft bestimmen wird, die die Weltstellung der Frau in der Zukunft bestimmen wird, die die Weltstellung der Frau in der Zukunft bestimmen wird.

nen schreiben
des Münchener
deutschen An-
t" beschränkt
h.

S.

Reichstagsabgeordneter Graf Westarp hebt hervor, daß die künftige Zukunft, die die Weltstellung der Frau in der Zukunft bestimmen wird, die die Weltstellung der Frau in der Zukunft bestimmen wird, die die Weltstellung der Frau in der Zukunft bestimmen wird.

Reichstagsabgeordneter Graf Westarp hebt hervor, daß die künftige Zukunft, die die Weltstellung der Frau in der Zukunft bestimmen wird, die die Weltstellung der Frau in der Zukunft bestimmen wird, die die Weltstellung der Frau in der Zukunft bestimmen wird.

Bochum.

chen werden
gegen Rahr,
nt, die dar-
tuzer Zeit
kreisen, die
te sich hart-
Bochum nicht
recht sich der

Bochum.

von einer
Vericht, daß
nicht mehr
erfährt die
ber an am-
ist natürlich
fügung des
der Nachfol-
werden seien.
denfallsleiter
berst Seiger.

Bochum.

enbahner.

Reichstagsabgeordneter Graf Westarp hebt hervor, daß die künftige Zukunft, die die Weltstellung der Frau in der Zukunft bestimmen wird, die die Weltstellung der Frau in der Zukunft bestimmen wird, die die Weltstellung der Frau in der Zukunft bestimmen wird.

Reichstagsabgeordneter Graf Westarp hebt hervor, daß die künftige Zukunft, die die Weltstellung der Frau in der Zukunft bestimmen wird, die die Weltstellung der Frau in der Zukunft bestimmen wird, die die Weltstellung der Frau in der Zukunft bestimmen wird.

allen Dingen aber auch zur nationalen Monarchie, die unter der Flagge Schwarz-Weiß-Rot wieder der Träger des Volksbewußtseins werden möge. Wir bekennen uns zur Erhaltung und Wahrung der Einheit unserer Nation. Wir bekennen uns zu der großen Opferbereitschaft, die im August 1914 das ganze Volk befeuerte, als die Männer dem Ruf ihres Kaisers folgten und sich um die Fahne ihres Kaisers scharten, bereit, ihr Leben hinzugeben für das Leben ihres Volkes ihres Staates. (Stürmischer Beifall.)

TU. Hamburg, 2. April. Der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei fand gestern abend in einer Kundgebung bei Sagebiel seinen Ausgang.

Der erste Redner, Dr. Helfferich, führte u. a. aus: Der Reichstag und die Sozialdemokratie haben vollständig Mißtrauen gemacht. Es solle den Sozialdemokraten nichts neues ein. Ihre marxistischen Dogmen sind zerplatzt. Nun stehen sie in der leeren Luft. Das verhängnisvolle Dogma, das Volk könne nicht ohne sie regieren, beherrscht die sozialdemokratische Partei und das Zentrum und hat auch bei der Deutschen Volkspartei Eingang gefunden. Dazu kommt das Dogma von der Unmöglichkeit eines Zusammengehens mit den Deutschnationalen. Die Parole des 4. Mai heißt nun, Herstellung der nationalen Einheit, des nationalen Willens und deren staatlichen Gewalt. Wir müssen aus der nationalen Opposition heraus zur nationalen Regierung kommen. Wir müssen, daß der Weg zur Freiheit ein langer und brennender sein wird. Aber wir sind entschlossen, ihn zu gehen. Der Name und der Geist Bismarcks sollen uns begleiten. Bismarckscher Geist bedeutet, heisse und starke Vaterlandsliebe, harter nationaler Wille, eiserner Treue zu Kaiser und Reich, strengste Selbsttätigkeit gegen sich selbst und reale politische Gestaltungskraft. Er ist zugleich deutschnational.

Nach weiteren Ansprachen von Abgeordneten aus dem besetzten Gebiet, wurde die von Musikvorträgen umrahmte Kundgebung geschlossen.

Die türkische Verfassung.

TU. London, 2. April. Wie der "Daily Mail" aus Konstantinopel gemeldet wird, hat die türkische Nationalversammlung in ihrer Aussprache am Montag über die neue Verfassung beschlossen, daß der Präsident der Republik bei der Auflösung des Parlaments automatisch sein Amt niederlegen habe. Das Recht zur Auflösung der Nationalversammlung steht dieser nur selbst zu. Der Präsident ist wiederwählbar. Er kann Gesetzentwürfe nicht seine Zustimmung verweigern, hat aber das Recht, sie an das Parlament zur neuerlichen Aussprache zurückzugeben zu lassen. Diese Bestimmungen zielen namentlich darauf ab, allen diktatorischen Anwandlungen zu begegnen.

Eine Volksabstimmung in Bessarabien?

TU. Berlin, 2. April. In der Vormittagsitzung der russisch-rumänischen Konferenz teilte der Vorsitzende der russischen Delegation, Krestinski, mit, daß die russische Regierung ihren Vorschlag, die bessarabische Frage durch ein Plebiszit zu lösen, aufrecht erhalte. In den Konferenzkreisen ist man nach dieser Mitteilung der Ansicht, daß die Verhandlungen abgebrochen werden.

Soziales.

*** Betriebsratswahlen in Bochum.** Am Dienstag haben beim Bochumer Verein und bei der Stahlindustrie die Wahlen zum Betriebsrat stattgefunden. Danach erhielten die freien Gewerkschaften 20, die Christlichen Gewerkschaften 6 und die Union 8 Sitze.

Rücknahme des Ueberseeschen Abkommens durch die Vergarbeitsverbände.

Das Ueberseeschen Abkommen wurde seitens der vier Vergarbeitsverbände am 15. April gekündigt. Die Vergarbeitsverbände lehnen nicht jede weitere Ueberarbeit nach dem 15. April ohne weiteres ab, sondern es kommt ihnen im Wesentlichen darauf an, durch ein neues Abkommen Verbesserungen namentlich hinsichtlich der Löhne zu erzielen. Sie wollen erreichen, daß sie bei dem neuen Ueberarbeitsabkommen zum Mindesten nicht schlechter gestellt sind als die Ueberarbeit leistenden Arbeiter in anderen Industrien.

Ausperrung im englischen Schiffbau.

TU. London, 2. April. Im Schiffbau haben die Arbeitgeber gestern beschlossen, am kommenden Sonntag abend in den Werften Großbritanniens die Arbeiter sämtlicher Gewerkschaften auszusperrten, zu denen die Streikenden in Southampton gehören. Letzteren ist zur Wiederaufnahme der Arbeit eine letzte Frist bis zum 8. April gesetzt worden. Falls die Ausperrung zustande kommt, werden von ihr 143 000 Arbeiter betroffen.

Aus dem Gerichtssaal.

TU. Dortmund, 2. April. Die Strafkammer verhandelte gegen den Bürgermeister Witten, Beigeordneten Vaurat Schmidt und Stadtobersekretär Abt aus Castrop, die als Leiter bzw. Angehörige der im Kriege gebliebenen Reichsbetriebsstellen für den westlichen Teil des Landkreises Dortmund Handlungen zum Nachteil der Verteilungsstelle verurteilt worden sollten. Die Angeklagten gegen die Genannten von der Sozialdemokratischen Fraktion des Stadtvorstandes folgendes erstattet worden. In der Hauptverhandlung wurde festgestellt, daß gegen die Angeklagten auch nicht der leiseste Vorwurf erhoben werden kann. Die Angeklagten haben nicht nur nicht zum Nachteil der Reichsbetriebsstellen, sondern vielmehr zum Vorteil derselben gehandelt, als sie die Erweiterung der Anlagen des Reichsbetriebs der Stadt Castrop vornahmen. Es wurde weiter festgestellt, daß die Angeklagten weder der Stadt Castrop noch auch sich selbst nur den geringsten Vorteil durch ihre amtlichen Handlungen zugebracht haben. Der Staatsanwalt sah sich daher zur Preisgabe der Anklage veranlaßt. Der Gerichtshof erklärte demgemäß auf Freisprechung sämtlicher Angeklagten und Aufhebung der Kosten auf die Staatskasse. In der Urteilsbegründung wurde ausdrücklich betont, daß die Angeklagten von jedem Verdacht, eine strafbare Handlung begangen zu haben, frei seien und maßlos den Gerichtssaal verlassen könnten.

Letzte Lokalnachrichten.

*** Der Schatz der Wählervereinigungen.** Dem Amtl. Preuß. Pressedienst zufolge hat der Minister des Innern an die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten eine Verfügung erlassen, die sich mit dem Schatz der Wählervereinigungen befaßt. In der Verfügung wird darauf hingewiesen, daß der Wahlkampf nicht mit terroristischen Mitteln geführt werden darf. Störungsversuche seien mit allen Mitteln abzuwehren. Die Veranlassung der Verurteilungen müßten nötigenfalls durch die Polizei in dem Gebrauche ihres Hausrechts unterstellt werden. Ein bewaffneter Einsatz sei durch Verstoß vom 22. März d. J. verboten. Es richte sich dieses Verbot aber nicht gegen die Verwendung unbewaffneter Ordner.

Bermischtes.

Moskito im Eismeer. Wenn ein Nordpolfahrer beim Verlassen seiner Erlebnisse im nördlichen Eismeer auf das Kapitel der Moskito zu sprechen kommt, pflegt er stets einem unglaublichen Kopfschütteln zu beugen, meint Kurt Faber in seinem Beitrag "Kolonie Nordpol" in der "Gartenlaube", und es ergeht ihm dabei wie jenem Matrosen, der keine Mutter von den fliegenden Fischen erzählte: "Nun kannst du mal den Mund halten", sagte die alte Dame, "was zu viel ist, ist zu viel. Wie du mir vorhin von der Seeflange erzählt hast, da habe ich es gerne geglaubt. Ich habe auch noch nicht nein gesagt, wie der Walfisch das Schiff verschluckt hat. Wenn du mir aber jetzt erzählst, daß es Fische gibt, die fliegen können, so sage ich: Für was hältst du deine alte Mutter?" — Wie dem auch sei: Ich habe in meinem Leben schon manche Moskitoheute besucht. In Louisiana und Florida, am Amazonas und im Mato Grosso; aber an keinem dieser Plätze habe ich so unter dieser Pest zu leiden gehabt, wie während meiner drei Jahre im nördlichen Eismeer. Immer werde ich mit Schreden an eine Bootsfahrt zurückdenken, die ich mit einer Gesellschaft von Eskimos durch das Delta an der Mündung des Mackenzieflusses unternahm. Der Himmel war buchstäblich verfinstert von den Wolken der Qualgeister. Ein aufreizendes Surren erfüllte die Luft. Vögel und Glieder wurden eine Deute der kleinen Teufel. Kopfschütteln fürchten sie sich in das schlamme Wasser und wagen nicht mehr, den Kopf daraus zu erheben aus Angst vor dem Unheil, das eine Wolke über ihnen schwebte.

Warum gibt es keine Zwerge? fragt Hermann Hagedorn in einem höchst interessanten Aufsatz. Der Dand hat es den Menschen nicht schwer gemacht, alle Größen bis zum höchsten Zwerge hin zu züchten. Von der Kasse dagegen gibt es weder eine ausgeprägte Riesengasse, noch eine Zwergengasse. Die Individuelle Schwankung der Größe hält sich in sehr engen Grenzen. Die Hausfrau verleugnet auch heute noch nicht ihre Zugehörigkeit zu den blutdürftigen Rauschtrinken, den sie oft nur sagen und morben, weil es sie unüberwindlich dazu treibt. "Die Kasse läßt das Maßen nicht." Und nicht nur Mäuse und Jungvögel fängt sie, auch den Kampf mit der großen wehrhaften Ratte nimmt sie auf. Und zwar ohne jede Dressur, so als läge es ihr im Blute. Dazu gehört eine bestimmte Kraft und Größe; eine zu kleine Form würde im Kampf mit der Ueberzahl erliegen. Die Kasse sagt ferner nie in Rudeln wie der Wüßhund; sie lauert, schleicht und fängt allein. Sie hat daher das Mühsichtnehmen auf andere, auch auf ihren "Herrn" nicht gelernt. Sie läßt sich zwar von ihm füttern und streicheln, sie beansprucht das als ihr gutes Recht, aber sie hat nicht jenes empfindliche Gefühl der Beschränkung wie der Hund; sie ist kaum eifersüchtig auf dessen bevorzugte Stellung zur Herrschaft. Kurz, die Hausfrau hat eine ausgeprägte Naturanlage zur Selbständigkeit und läßt sich schwer beeinflussen. Das sind, von außen betrachtet, die Unterschiede im Wesen von Hund und Kasse, die von vornherein bei der künftigen Züchtung von Zwerghen im ersten Falle Erfolg, im zweiten Versagen wahrscheinlich machen.

Die Verkleidung der Tischzeiten. Unsere Tischzeiten haben sich im Laufe der Jahrhunderte wesentlich verändert. Im 16. Jahrhundert wurde noch um 10 Uhr zu Mittag und um 4 Uhr zu Abend gegessen, am bismarckischen Hofe unter Christian II. und in England sogar um 9 Uhr morgens das Mittagessen verzehrt, während man zur gleichen Zeit in Berlin schon vier feste Mahlzeiten eingelegt hat: die Morgenuppe um 8 Uhr früh, das Mittagessen um 10 Uhr vormittags, das sogenannte Abendbrot um 3 Uhr und das Nachtmahl um 5 Uhr nachmittags. Auf diese Weise wurde natürlich auch alles Nachtessen abgekürzt, da man in der Regel schon gegen 8 Uhr schlafen ging und selbst bei Festlichkeiten die neunten Abendstunde nicht überschritten werden durfte. Gegen Ende des 16. Jahrhunderts veränderte sich aber wenigstens die abendliche Tischzeit auf 6 und 7 Uhr, wie denn auch die bisher so frühe Mittagessenszeit auf 11 und später auf 12 Uhr verlegt wurde. Im 17. Jahrhundert werden dann diese späteren Tischzeiten schon allgemein üblich. Wieder 100 Jahre später und das Mittagessen wird abermals um eine Stunde später angesetzt; nun ist 1 Uhr die feste Tischzeit, dann bald darauf schon 2 Uhr, worauf nunmehr zwischen 4 und 5 Uhr eine kleine Zwischenmahlzeit und um 10 Uhr schließlich das Abendbrot eingenommen wird.

Wilde Käufer in London. Der Bericht über die Hauskaufpläne der Londoner gemischten Kommission besagt, daß einer der Pläne die Errichtung von 300 Häusern vorstelt und zwar in 15-jährigen Perioden bei einem Mindestlohnpreis von 450 Pfund Sterling für das Haus. Kein Haus würde mehr als 850 Quadratfuß einnehmen. Häuser mit 950 Quadratfuß Oberfläche werden 515 Pfund Sterling kosten. Zu den Vertretern der gemischten Kommission gehören Vertreter des Baugewerbes, Vertreter der Bauwirtschaft, sowie Vertreter von Fabrikanten von Baumaterialien.

Wo die Bananen herkommen.

ok. Bananen sind die Modetrucht des Tages. Mag es nun der durch die ganze Welt verbreitete Schläger sein, der "Ausgerechnet Bananen" anpreist, oder bel uns in Deutschland das Wolleraufschauen dieser Früchte nach langer Zeit des Entbehrens — jedenfalls ist alle Welt bananenbegeistert, und der Bedarf übersteigt die Erzeugung. Die Bananenländer machen daher die größten Anstrengungen, immer mehr Bananen zu erzielen, und das würde ihnen auch ganz leicht gelingen, wäre nicht der Banane in der gefährlichen "Panama-Krankheit" ein verheerender Feind entstanden.

Das Hauptland der Bananenpflanzung ist gegenwärtig Jamaika, das früher wegen seines Ruins und Zunders berühmt war, sich jetzt aber hauptsächlich auf den Handel mit Früchten gelegt hat. Der durchschnittliche Wert der Fruchtausfuhr in den Jahren 1923 bis 1919 belief sich auf 350 000 Pfd. Sterling, fiel aber 1920 auf 1 700 000 Pfd. Sterling. In diesen gewaltigen Werten sind hauptsächlich die Bananen beteiligt. 1921 betrug die Ausbeute der Bananenfelder über 23 000 Hektar, und etwa 15 Millionen Bananenfrüchte werden jährlich ausgeführt, hauptsächlich nach den Vereinigten Staaten. Alle paar Tage fahren mehrere Dampfer, mit Bananen hoch beladen, nach amerikanischen Häfen. Bei der großen Nachfrage machen die Pflanzern von Jamaika die größten Anstrengungen, immer größere Gebiete mit Bananen zu bepflanzen, und das Jahr 1924 dürfte eine Rekordzucht bringen.

Hoffentlich macht aber nicht die Panama-Krankheit einen Strich durch die Rechnung. Diese Krankheit der Bananen, die vor 21 Jahren zuerst in Panama festgestellt wurde und innerhalb weniger Jahre die großen Bananenpflanzungen in diesem Gebiet und in Centralamerika vernichtete, hat sich überall hin ausgedehnt, wo Bananen angebaut werden. In Südamerika, Guyana, wo sie zuerst 1906 auftrat, war 1913 der blühende Bananenbau vollkommen vernichtet. Seit 1912 ist die Krankheit auch in Jamaika, und obwohl es auch hier

nicht gelungen ist, die Krankheit auszurotten, so wird sie doch bisher in erträglichen Grenzen gehalten.

Die Ursache dieser Bananengefahr ist ein Pilz, der zu der Art Fusarium gehört; er greift die Gefäßwände der Pflanze an; seine Sporen steigen mit dem Saft aus den Wurzeln aufwärts und schaffen überall neue Zentren der Infektion. Der Pilz tritt durch die Wurzeln in die Pflanze und benutzt zum Eingang von dem Boden eine winzige Verletzung des Gewebes. Die Sporen können jahrelang in der Erde leben und werden durch den Wind oder Wasser auf Pflanzungen übertragen, die bisher noch nicht von der Krankheit befallen waren. Der Pilz kann auch außerhalb der Pflanze gezüchtet und Bananen können künstlich mit der Krankheit angesteckt werden.

Die Zeichen des Unheils, das der Pilz hervorruft, machen sich sehr rasch bemerkbar: die Blätter trocknen aus und werden gelb; die Pflanze wächst nicht mehr und verfault. Man hat versucht, Pflanzungen zu züchten, die der Krankheit widerstehen, aber leider ist gerade die bekannteste Bananenart, die Gros Michel, für den Pilz besonders empfänglich. Immerhin hofft man, eine Banane zu züchten, die der Pilz nichts anhaben kann.

Letzte Drahtmeldungen.

Wassertraktat und Reich.

Ein Staatsvertrag zwischen Reichsregierung und Ländern.

TU. Darmstadt, 1. April. Auf Grund eines zwischen der Reichsregierung und den Regierungen der Länder Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Braunschweig, Anhalt, Bremen, Lippe, Lübeck und Mecklenburg-Strelitz abgeschlossenen Staatsvertrages wurde der Uebergang der Wassertraktate auf das Reich vereinbart. Für Hessen kommt der Main, Rhein, Neckar und die Bahn in Frage. In Ergänzung dieses Staatsvertrages wird für Hessen bestimmt, daß die auf das Reich übergehenden Wassertraktate auch weiterhin als Eigentum des Landes gelten. Das Reich wählt den Ländern eine Abfindung. Die Verwaltung geht auf das Reich über. Die Beamten werden Staatsbeamte. Ihre Bezüge richten sich nach den Reichssätzen.

Die Reichsindexziffer.

W. Berlin, 2. April. Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Kleidung) beläuft sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes für den 31. März wie in der Vorwoche auf das 1,07-Millionenfache der Vorkriegszeit. Auch für den Durchschnitt des Monats März berechnet, beträgt die Indexziffer das 1,07-Millionenfache gegenüber dem 1,04-Millionenfachen des Februars. Es ergibt sich also eine Steigerung von 2,9 vom Hundert. Die Ernährungsindexziffer allein betragen im Durchschnitt des Monats März das 1,20-Millionenfache der Vorkriegszeit. Vom laufenden Monat ab wird die Indexfestsetzung regelmäßig wieder am Mittwoch jeder Woche vorgenommen werden, so daß die Preisindexziffer am Sonnabend früh veröffentlicht werden kann.

Die Aufstellung der Goldbilanz.

Nachdem die Ausführungsverordnung zur Goldbilanzverordnung nunmehr veröffentlicht ist, erscheint im Auftrag der Handelskammer zu Berlin und unter Mitwirkung der Goldbilanzkommission der Spitzengruppe von Handel und Industrie ein ausführlicher Kommentar über die Aufstellung der Goldbilanz, mit dessen Hülfe die Handelskammer Reichsanwalt Dr. Richard Rosenfeld, Berlin, unter Mitwirkung der Herren Dr. Werner Feilchenfeld (Handelskammer zu Berlin), Reichsanwalt Hans Michaelis (Handelskammer zu Berlin), Walter Baffon (Zentralverband des Deutschen Großhandels), Dr. Walter Reimer (Hauptgemeinschafter des Deutschen Einzelhandels), Dr. August Schreyer (Vandrat a. D., Deutscher Industrie- und Handelsstag), Dr. Egon Singer (Mitglied der Geschäftsführung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie) beauftragt hat.

Der Kommentar, der durch ein Vorwort des Präsidenten der Handelskammer zu Berlin eingeleitet werden wird, wird insbesondere die attienrechtlichen Probleme und die Zweifelstragen der kaufmännischen Praxis, die sich bei der Aufstellung der Goldbilanz ergeben, berücksichtigen. Er wird bei dem Verlage für Politik und Wirtschaft, Berlin SW 48, Weststr. 21, erscheinen.

Die Handelskammer gibt ferner schon in den nächsten Tagen ausführliche Richtlinien über die Aufstellung der Goldbilanz heraus, deren Erscheinen in der Presse noch bekanntgegeben wird.

Schwierigkeiten des englischen Kabinetts.

London, 2. April. Der Gesundheitsminister Wheatley beantragte die zweite Lesung des Regierungsentwurfes, der die Errichtung des Mietzinses betrifft und vorsieht, daß beschäftigungslosen Mietern, die die Miete nicht entrichten können, nicht gekündigt werden darf. Die Konservativen bekämpfen diesen Entwurf aufs schärfste, und Asquith kündigte an, daß die Liberalen die zweite Lesung nicht unterstützen würden. Eine Niederlage erscheint daher unvermeidlich; es ist aber unwahrscheinlich, daß sie den Rücktritt der Regierung zur Folge haben wird.

Raubüberfall.

W. Montreal, 2. April. Zwei Banknoten wurden in einer der verkehrsreichsten Straßen von 8 Räubern überfallen und eines Betrages von 10 000 Dollar beraubt. Einer der Banknoten wurde getötet, der andere verletzt. Die Räuber entkamen in einem Auto.

W. Berlin, 3. April. Geheimrat Prof. Dr. Bage mann, der seit 1923 die Geschäfte des Statistischen Reichsamts führte, ist zum Präsidenten dieses Amtes ernannt worden.

W. Warschau, 2. April. Der vom Zentralverband der Grubenarbeiter in Polnisch-Oberschlesien angekündigte Streik hat am Montag begonnen. Ursache des Streiks ist Verlängerung der Arbeit um eine halbe Stunde. Der Streik, der anfänglich etwa 20 Prozent aller Arbeiter betrug, ist auf 15 Prozent zurückgegangen.

W. Konstantinopel, 3. April. Mehrere Abgeordnete haben in der Deputiertenkammer den Antrag gestellt, eine Eisenbahnlinie von Trapezunt nach Erzerum zu bauen.

Verantwortlich: Für Politik, Feuilleton, Lokales und Handel: Ernst Dente; für Sport und Letzte Nachrichten: Ernst Kollmann; für Provinzialen, den übrigen Texten und "Reichsanwalt": Jui Schmidt; für Inserate und Reklamen: Eugen Wolf, sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.



Musikhaus Marks Friedrichstr. 13

Moderne Hausmusik Original Grammophone u. Platten
Große Auswahl.



Großer Parkhaus-Saal

Morgen den 4. April
abends 8 Uhr: **Meister-Konzert**
Deutschlands gefeiertster Sänger

**HEINRICH
SCHLUSNUS**

1. Bariton der Berliner Staatsoper.

Am Flügel: **Dr. Felix Günther, Berlin.**

Lieder von Beethoven, Dvorak, Wolf.

Arien: Verdi, u. Leoncavallo.

Karten 4 bis 6 Bill. Mk. bei Heng-

stenberg, Kortumstr. 15, u. d. de

Wicharz, Krumstr. 6

Bereinigtes

Stadttheater

Bochum, Duisburger-

Donnerstag, 3. April

7 1/2 bis gegen 11

Sum ersten Male:

In Reinigungsbüro

und Einrichtung:

8. 30.

Symphonie

Rombe in 5 Akten

von Berab. Eban.

Freitag, 4. April,

7 1/2-10 1/2, E. 21.

Gebra. Satyre.

Sronte u. tiefer

Bedeutung.

Hervorragende

Neuheiten in

gerahmten

Bildern

aller Art.

Farbige

Kupferdrucke,

Kabinett- und

Sellochroms.

Spezialität:

Schlafzimmer-**Bilder**

in vornehmer und

flügelreicher

Einrahmung.

Reichste Auswahl

Erniedrigte Preise.

Neuheiten

in Kunstbildern.

Mummelthoysche

Centralbuchhandl.

Bochum,

Obere Marktstr. 31

Telefon 3968.

Hand- und

Maschinen-

flücherei

Monogramme

Werkzeuge

Werkzeuge

Werkzeuge

Werkzeuge

Werkzeuge

Werkzeuge

Werkzeuge

Werkzeuge

Werkzeuge

Werkzeuge

Werkzeuge

Werkzeuge

Private

Zuschneideschule

Heinr. Beltz

Bochum, Mühlentstraße 81 (2. Etage)

Einziges fachwissenschaftlich geleitetes

Lehrinstitut für feine Damen- und

Herrenschnädel in Bochum.

Vollkommene Ausbildung für**die Meisterprüfung.**

Praktischer Unterricht im Zuschneiden

und Anfertigen sämtlicher Damen-

garderoben für Familienbedarf.

Schnitt-Muster

nach Maß gezeichnet, tadelloso passend

für alle Damen- u. Herrenschnädel.

Herde

wegen Platzmangel unter Tages-

preis abzugeben.

Küchen u. Schlafzimmer

in gediegener Ausführung preis-

wert zu günstigen Bedingungen.

H. Voits

Altenbochum, Wasserstr. 33.

Saathofer

la Pelkuser Gelbhafer

empfiehlt

Wilh. Friemann Jr.

Getreidegroßhandlung

Bochum

Kanalstraße 39

Fernruf 2221

ff. Westfälischer**Pumpernickel****„Westfalia“**

ganz und geschnitten

Feinbäckerei

Carl Hackert

Inh. Hugo Hackert

Bochum, Hellweg 4.

Telefon 509.

Vollständig renoviert!

Ein Groß-Restaurant

Wie man es sich wünscht.

Eigene Schlachtung. // Mittagstisch.

Reichhaltige Abendkarte.

Dezente Unterhaltungsmusik.

Billige Preise.

Einzeln. Klub-, Konferenz- und Versammlungs-Räume.

Müllers Bierstuben

Bochum, Bahnhofstraße 37.

Kohlen und Koks

Anthrazitkohlen

Gottfried Wilhelm / Langenbrahm

liefern prompt

Gustav Gräfe G. m. b. H.

Bochum, Buddenbergstr. 9. Telefon 122.

Musik-Instrumente

jeder Art wie Violinen, Mandolinen, Gitarren, Lauten, Mandolin- und Gitarren-Banjo, Konzert- zithern, Harmonikas, Sandozons 88-120tönig, Grammophone in Schrank- und Truhenform in allen Ausführungen zu billigen Preisen. In Schallplatten die neuesten Schlager stets vorrätig.

Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

Karl Schwarz, Königstraße 23.

Otto Köddewig Bochum

Telefon: Geschäft 3125, Privat 2489

Ausführung von

Elektrischen Licht-, Kraft-**u. Schwachstrom-Anlagen**

sowie aller vorkommenden

Reparaturen.

Empfehle

Anthrazit-Kohlen

Union-Briketts

(Braunkohlen-Briketts)

Mager-Kohlen

Fettkohlen und Koks

sofort lieferbar.

Franz Uhe, Bochum,

Ottostraße 46 und 41 — Telefon 2006

Die weit-kannten Marken

Adler**Dürkopp****Brenn- bor****Opel etc.**

Fahrräder

empfehle in großer Auswahl und billig-

sten Preisen

Michael Paefgen.

Am Kaiser Friedrichplatz.

Telefon 2537. Ge. ründet 1893.

Reparaturen prompt und billigst.

Für den Hausputz!

Stores,

eigene Anfertigung in jeder

Größe m. schön. Einsätzen, groß.

Motiven, mit und ohne Volant zu

billigen Preisen. Spannstoffe,

Scheibengardinen, Etamine, einfach

und doppelte Breite, in gr. Auswahl

Westdeutsche Gardinen-Industrie

gegenüber d. Meinolphus-Kirche, Pieper-

straße 2

Bei jeder Wäsche

in das vorherige Einweichen von größtem Wert. Gutes Einweichen in kalte Wäsche! Es wirkt schmutzlosend und keilsparend und verbürgt sparsamen Verbrauch des Waschmittels.

Henfo

Henfo's Wasch- und Bleich-Soda ist das seit Jahrzehnten bewährte und wertvollste Einweichmittel. In einem wirtschaftlichen Waschen ist es bei jedem Waschverfahren

unerlässlich!

Spezialität:

Wassermotor-

Waschmaschinen

konkurrenzlos billig. 5 Jahre Garantie.

Döpelheuer, Marienstrasse 21

Telefon 2766. Verlangen Sie Offerte.

Damentaschen

aparte Neuheiten, empfiehlt

Rottstr. 39 / 41. **Ed. Küllermann** Friedrichstr. 2.

Spezial-Geschäfte feiner Lederwaren.

Tägl. frische hochfeine Schleswig-Holsteinische

Molkerei-Tafelbutter

liefert unmittelbar an Verbraucher

in 5-Pfund-Paketen geg. Nachnahme

Butterversand Fr. Diehl, Sörup, Kreis Flensburg.

Fahrräder

sowie Zelte laufe

Krüger,

Bochum,

Dortmunder Straße 33.

Klavierstimmer

Kuenemann, Bochum, Allee 55.

Reparaturen, Besetzungen.

Wo kaufe ich meine

Garten- und Feldsämereien?

Nur beim Fachmann!

Sämtliche Sämereien in guter keimfähiger Qua-

lität. Sämtliche Pflanzen bei geeigneter

Zeit abgehärtet. Bei offenem Wetter

Räumungsverkauf in Rosen,

Obstbäumen, Stauden,

Frühjahrsblütern, Dahlien

(Georginen) in nur guten, ca. 30 Sorten.

Das Alter meines Geschäfts bürgt für gute Bedienung.

Gegr. 1873.

Gärtnerei P. Binger,

Weitmar, Kohlenstr. 173, Telefon 1558.

Der Türmer

Monatsschrift für Gemüt und Geist

Herausgeber: Friedrich Lienhard

„Der Türmer“, seit 26 Jahren bestehend, hat auch in dieser Zeit der deutschen Not unerschütterlich mitgewirkt an der Herausgestaltung eines gesunden deutschen Bewusstseins. Der Türmer ist unter der Leitung des bekannten Dichters und Denkers Friedrich Lienhard emsig am Aufbau eines neuen Deutschlands. Der Türmer bringt nicht nur Erzählungen und Gedichte, alle Unterhaltendes, sondern auch mannigfaltige Aufsätze und beschäftigt alle Gebiete deutscher Kultur, Kunst und Politik. Der Türmer ist parteilos deutsch, widmet sich besonders auch der Erneuerung der deutschen Seele und gibt, in der „Offenen Halle“ die Möglichkeit zu freiem Gedanken-Austausch. Der Türmer wirkt nicht nur stilletzstehend, sondern zugleich, indem er das erprobte Mittel lebendvoll fortsetzt, anregend, belebend und verlebend. Der Türmer halten heißt also mitarbeiten an dem, was sehr Deutschland braucht: an einer neuen Lebensstimmung.

Probhefte in den Buchhandlungen sowie vom Türmer-Verlag in Stuttgart.

Bücherzettel (Druckfäße)

nach Ausfüllung in einem offenen zu lassenden Brief, umschlag an eine Buchhandlung zu senden oder, an den Türmer-Verlag in Stuttgart 14

Ich bestelle die Monatsschrift Der Türmer Probeheft - fortlaufend bis zur Abbestellung. Jedes Heft nur 70 Goldpfennig. (Nichtgewünschten durchstreichen!)

Anschrift:

Nr. Zweites

Bo

Rachdruck und Auszug n

Markt-

Schweinefleisch 0,6
Geflügel 0,6
Schmalz 0,7
Weizen 1,4
Rindfleisch 0,7

Bohnen 1,2
Kartoffeln 1,2
Zucker 1,2
Mehl 1,2
Eier 1,2
Butter 1,2
Käse 1,2
Fleisch 1,2
Fisch 1,2
Obst 1,2
Gemüse 1,2
Sonstiges 1,2

Der Kaffee
Der Tee
Der Kakao
Der Zucker
Der Mehl
Der Butter
Der Käse
Der Fleisch
Der Fisch
Der Obst
Der Gemüse
Der Sonstiges

Der Kaffee
Der Tee
Der Kakao
Der Zucker
Der Mehl
Der Butter
Der Käse
Der Fleisch
Der Fisch
Der Obst
Der Gemüse
Der Sonstiges

Der Kaffee
Der Tee
Der Kakao
Der Zucker
Der Mehl
Der Butter
Der Käse
Der Fleisch
Der Fisch
Der Obst
Der Gemüse
Der Sonstiges

Der Kaffee
Der Tee
Der Kakao
Der Zucker
Der Mehl
Der Butter
Der Käse
Der Fleisch
Der Fisch
Der Obst
Der Gemüse
Der Sonstiges

Der Kaffee
Der Tee
Der Kakao
Der Zucker
Der Mehl
Der Butter
Der Käse
Der Fleisch
Der Fisch
Der Obst
Der Gemüse
Der Sonstiges

Der Kaffee
Der Tee
Der Kakao
Der Zucker
Der Mehl
Der Butter
Der Käse
Der Fleisch
Der Fisch
Der Obst
Der Gemüse
Der Sonstiges

Der Kaffee
Der Tee
Der Kakao
Der Zucker
Der Mehl
Der Butter
Der Käse
Der Fleisch
Der Fisch
Der Obst
Der Gemüse
Der Sonstiges

Der Kaffee
Der Tee
Der Kakao
Der Zucker
Der Mehl
Der Butter
Der Käse
Der Fleisch
Der Fisch
Der Obst
Der Gemüse
Der Sonstiges

Bochumer Nachrichten.

Rachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszug nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Bochum, 3. April.

Wochenmarkt-Berichte.

Markt- und Warenpreise am 2. April 1924.
(In Billionen Mark.)

Preis- und Warenpreise.	Preis- und Warenpreise.
Getreide und Mehl.	Getreide und Mehl.
Weizen 1.200-1.300 Mt.	Weizen 1.200-1.300 Mt.
Gerste 1.000-1.100 Mt.	Gerste 1.000-1.100 Mt.
Hafer 0.800-0.900 Mt.	Hafer 0.800-0.900 Mt.
Reis 1.400-1.500 Mt.	Reis 1.400-1.500 Mt.
Malz 0.700-0.800 Mt.	Malz 0.700-0.800 Mt.
Öle und Fett.	Öle und Fett.
Butter 2.200-2.300 Mt.	Butter 2.200-2.300 Mt.
Speck 1.800-1.900 Mt.	Speck 1.800-1.900 Mt.
Öl 1.200-1.300 Mt.	Öl 1.200-1.300 Mt.
Wurstwaren.	Wurstwaren.
Wurst 1.000-1.100 Mt.	Wurst 1.000-1.100 Mt.
Obst und Gemüse.	Obst und Gemüse.
Äpfel 0.500-0.600 Mt.	Äpfel 0.500-0.600 Mt.
Birnen 0.400-0.500 Mt.	Birnen 0.400-0.500 Mt.
Kartoffeln 0.200-0.300 Mt.	Kartoffeln 0.200-0.300 Mt.

Der Wochenmarktbericht zeigt in seiner Gesamtheit das alte Bild. Trotz der ungemäßigten Witterung am Morgen war ein reger Besuch. Die Zufuhr war aus fast allen Richtungen reichlich, aber die Hausfrauen zeigten wenig Kaufkraft. Es fehlte leider überall an dem nötigen Geld. Apfelsinen waren reichlich vorhanden. Fast überall es, als sollte auch diese Ware wieder teurer werden. Auch hier waren in großen Mengen zu haben; für den Kaufmann war das ein Gewinn, für den Verbraucher ein Verlust. In einzelnen Stellen versuchte man wohl, die Preise vorwärts zu treiben, was jedoch angesichts der reichlichen Zufuhr ein vergebliches Bemühen blieb. Im übrigen wurde der Markt zeitig geräumt, weil das Geschäft sich in zu engen Grenzen bewegte. Schlechter Witterung und trübe, kalte Witterung brachten dem gestrigen Markt ihren Stempel auf.

Die Errechnung des Mietzinses.

Der hiesige Ausschuss des preussischen Landtages hat, wie schon berichtet, in seiner Beratung über die Hauszinssteuer nach Ablehnung einiger Änderungsanträge die Beschlüsse des Unterausschusses angenommen. Unter Ablehnung des Zusatzbeschlusses der Gemeinden ist daher die Steuer auf 16 Prozent der Friedensmiete festgesetzt worden. Ferner wurde ein Antrag angenommen, der besagt, daß während der Dauer des Satzes von 16 Prozent die gesetzliche Miete nicht über die Sätze vom 1. April hinausgehen darf.

Durch Festsetzung der Hauszinssteuer auf 16 Prozent hat sich zwar nicht die Befürchtung als gerechtfertigt erwiesen, daß bereits vom 1. d. M. ab ein Satz von 30 bzw. 35 Prozent der Friedensmiete in Form der Hauszinssteuer erhoben werden sollte. Immerhin erhöht sich aber die Miete auch durch diesen Satz ganz beträchtlich, und zwar um fast die Hälfte. Die gesetzliche Miete für April ergibt demnach ohne Berücksichtigung der Hauszinssteuer folgendes Bild: 5 Prozent Betriebskosten, 11 Prozent für die Instandsetzungsarbeiten und 15 Prozent für Betriebskosten, zusammen also 31 Prozent der Friedensmiete. Einschließlich der Hauszinssteuer sind für den Monat April insgesamt 47 Prozent der Friedensmiete zu entrichten.

Bestrafung der Schulversäumnisse.

Das Kammergericht hat in mehreren Entscheidungen ausgesprochen, daß in Preußen nach dem gegenwärtigen Rechtszustand Verletzungen der Grundschulspflicht und auch sonstige Schulversäumnisse nicht geahndet werden können, weil durch Art. 145 der Reichsverfassung und das Reichsgesetz vom 1. April 1924 an Stelle des bisherigen „Unterrichtszwanges“ ein völlig neuer, „Schulzwang“ gesetzt und die Erfüllung dieser neuerartigen Schulpflicht weder durch landesgesetzliche noch durch reichsgesetzliche Strafvorschriften gesichert sei. Der Städtetag hat unter Hinweis auf die Verfolgung

dieser Rechtsprechung eintretenden unhaltbaren Verhältnisse und die Gefährdung eines geordneten Schulbetriebes an zuständiger Stelle bringen beantragt, daß durch baldige Ausrufung einer einwandfreien Rechtsgrundlage die Bestrafung der Schulversäumnisse ermöglicht werde. Der preussische Unterrichtsminister hat darauf allerdings erwidert, daß ein Gesetzentwurf über die Bestrafung von Schulversäumnissen dem Landtage voraussichtlich in kürzester Frist zugehen werde.

Der Straßenbahnverkehr.

Wesentliche Verbesserungen im Straßenbahnverkehr des Bezirks der von Bochum-Gelsenkirchen Straßenbahn und der Westfälischen Straßenbahn versorgt wird, bringen die kürzlich zwischen der beiden Gesellschaften getroffenen Vereinbarungen über die Einrichtung von Gemeinschaftsbetrieb. Es sollen noch in diesem Jahre folgende Einrichtungen getroffen werden:

1. Durchführung der Wagen der Bochum-Gelsenkirchen Straßenbahn von Bochum nach Werne von der jetzigen Endstelle am Amtshaus in Werne bis zum Reichsbahnhof in Langendreer über die Linie der Westf. Strb., sowie Durchführung der Wagen der Westf. Strb. von Völkendorf zum Reichsbahnhof nach Werne über die gleiche Strecke zum Reichsbahnhof in Langendreer unter Benutzung des jetzt stillgelegten Stückes der B.G. Strb. in Werne.
2. Verbindung der Linie Bochum-Grenze-Gelbana der B.G. Strb. am Grenzbahnhof mit der Linie Langendreer-Witten der Westf. Strb. und Einrichtung eines Gemeinschaftsbetriebes von Wommern bis Bochum. Die Wagen beider Gesellschaften werden ab in Zukunft von Wommern bis Bochum durchfahren, sobald die Fahrpläne ohne Umlegen in die schönen Ruhberge bis Wommern fahren können.
3. Ausbau der Linie der B.G. Strb. zum neuen Höhrnwalzwerk des V.B. bis zur Endstelle der Linie Herne-Höhrn der Westf. Strb. in Hentrop und Herstellung einer Verbindung mit derselben. Einrichtung eines durchgehenden Gemeinschaftsbetriebes beider Gesellschaften von Bochum Hauptbahnhof über die Steeler Chaussee, Hentrop, Westfeld bis Wattenfeld. Hier wird eventuell späterer Verlängerung über die im Bau befindliche Linie der Westf. Strb. nach Westfälischer Leithe.
4. Verlängerung der Linie Gelsenkirchen-Hauptbahnhof bis Gemeindegrenze Glinnefeld der B.G. Strb. bis im Anschluß an die Linie Herne-Höhrn der Westf. Strb. in Glinnefeld und Einrichtung eines durchgehenden Gemeinschaftsbetriebes von Gelsenkirchen über Glinnefeld, Hentrop, Westfeld bis Wattenfeld. Hier wird eventuell späterer Verlängerung über die im Bau befindliche Linie der Westf. Strb. nach Westfälischer Leithe.
5. Einrichtung eines durchgehenden Gemeinschaftsbetriebes der Bochum-Gelsenkirchen Strb. und der Westf. Strb. von Gelsenkirchen über Wanne nach Herne.

Die Gemeindevorstände genehmigen. Die Gemeindevorstände im Ruhrgebiet sind nach einer Mitteilung des kommandierenden Generals an den Regierungspräsidenten ebenfalls wie die Reichstagswahlen genehmigt, unter der Voraussetzung, daß die Vorschriften in Bezug auf das Versammlungsrecht beachtet werden.

Der Wert der Sachbezüge wird für den Bezirk des Stadtkreises Bochum mit Wirkung vom 1. d. M. ab in Goldmark festgelegt:

	für männl. Verheiratete außer Bezie.	für weibl. Verheiratete außer Bezie.
1. und 2. Frühstück	0,10	0,09
Mittagsessen	0,40	0,36
Nachmittagskaffee	0,10	0,09
Abendessen	0,30	0,27
freie Wohnung einschl. Licht und Brand	0,10	0,09
Zusammen für den Tag	1,00	0,90
" " das Monat	30,00	27,00
" " das Jahr	360,00	324,00

Als Wert der Goldmark gilt der für die Reichssteuer maßgebende Umrundungssatz. Bemerkung: Für verheiratete Personen mit eigenem Hausstand gelten mit Ausnahme der freien Wohnung diese Sätze. Der Wert der freien Wohnung wird für diese Personen von Fall zu Fall festgelegt.

Für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter. Das Oberverwaltungsamt Dortmund teilt mit, daß vom 1. April 1924 ab folgende Sätze für den durchschnittlichen

Jahresarbeitsverdienst land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter in Kraft treten: Für männl. Arbeiter: unter 16 Jahren auf 240 Goldm., von 16-21 Jahren auf 300 Goldm., über 21 Jahre auf 360 Goldm. Für weibl. Arbeiter: unter 16 Jahren auf 180 Goldm., von 16-21 Jahren auf 240 Goldm., über 21 Jahre auf 300 Goldm.

Der Haushaltsplan. Der Entwurf des Haushaltsplanes der Stadt Bochum für das Rechnungsjahr 1924 (vom 1. April 1924 bis 31. März 1925) liegt in der Zeit vom 3. bis 10. d. M. in der Stadtkämmerei, Allee str. 6, Zimmer Nr. 12, zur Einsicht offen.

Ungehörige der Besatzungsarmee und deren Familienmitglieder wurden in den letzten Tagen auf der Straße mehrfach belästigt. Der Oberbürgermeister ersucht die Bürgerchaft in einer Bekanntmachung in der heutigen Ausgabe bringend, alles zu vermeiden, was zu Zwischenfällen mit den Angehörigen der Besatzungstruppen führen kann. Wir machen hiermit auf die Bekanntmachung besonders aufmerksam und möchten auch untererleidet die Bevölkerung in ihrem eigenen Interesse ermahnen, Ruhe und Besonnenheit zu wahren und alles zu vermeiden, was geeignet ist, Mißverständlichkeiten herbeizuführen.

Elektrizitätswerk Westfalen A.-G. in Bochum. Die Gesellschaft beabsichtigt, die ihr gehörigen Werke Gemeinshaftswert haltend, das die Stadt Wanne und andere Städte des bergischen Eisenindustrialbezirks mit Strom versorgt, und das Gelsenkirchen in Bochum erheblich zu vergrößern. Zu diesem Zweck will sie eine Anleihe von 3 Millionen Goldmark aufnehmen, für die die ihr angeschlossenen Kreise und Gemeinden die Bürgerschaft übernehmen werden.

Abchiedsfeier bei der Post. Zu Ehren der 12 Postbeamten, die infolge des Personal-Abbaues vorzeitig aus liegendem Verufe scheiden mußten, fand am Dienstagabend im Briefträgeraal des Postamtes eine ausgedehnte Abschiedsfeier statt, um ihnen das Scheiden etwas leichter zu machen. Durch Musikvortritte aus stollgeordneten, Prolog und Festrede des Herrn D. W. S. Ventlage kam in würdevoller Weise zum Ausdruck, welchen Ansehens sich die Scheidenden erfreuten, denen der Herr Oberpostdirektor den Dank der Verwaltung für treue Pflichterfüllung aussprach. An den erhebenden Festakt schloß sich eine kleine, von einem Gemeinshaftswert und Kameradschaftsgeist getragene Nachfeier bei Ballenhol an, bei der auch der Posthonorar zu seinem Bruder, der die Scheidenden Herren Ventlage, Sud, Romka, Peter, Stumpe, Trebe, Unger und Wolff ihren Freude für die Abschiedsfeier und Wiederverkehr durch den berechneten Mund des Herrn Ventlage tiefempfundener Ausdruck. Mit dem von der Musik begleiteten Lied „Ich hab' einen Kameraden“ ging die Versammlung auseinander. Den Veteranen sei auch an dieser Stelle ein aufrichtiger Lebensabend gewünscht.

Morgen singt Heinrich Schlusnus. Der hiesige Sängerkreis Heinrich Schlusnus singt morgen erstmals in Bochum. Der Sängerkreis hat seine große westfälische Konzertreise bereits unter größten Erfolgen in Essen, Dortmund und Gelsenkirchen, wo der Sängerkreis vor vollen Sälen sang und das begeisterte Publikum Schlusnus ungenügendste Substitutionen darbrachte. Das hiesige Konzert dürfte in den Reihen der hiesigen Musik- und Sängerkreise ein außerordentliches Interesse erwecken, umso mehr, als der Sängerkreis vor Februar nicht wieder nach Westfalen kommt! Für den 1. d. M. Sonntag, 7. April, 16. und 17. April, Sonntagstrasse 6. (Siehe auch Anzeige.)

Erntebetrachtung. Im Frühjahr 1924 sind die Erntebetrachtungswahlen wieder fällig. Sie haben innerhalb eines Zeitraums von acht Wochen nach Beginn des neuen Schuljahres stattzufinden. Wahrscheinlicher Wahltag ist der 22. Juni.

Freiwillige Feuerwehr Bochum. Unter Vorsitz von Branddirektor Märker tagte die sehr gut besuchte Monatsversammlung der Abteilung 1. Vorstand bei dem Kameraden Loh an der Königstrasse. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende in ehrenden Worten des heimgegangenen der Frau Dieckhoff, der treuen Gefährtin des vormaligen beliebten Chefs der Wehr, des Kameraden Dieckhoff im Weidenbrink. Die Versammlung erhob sich von den Sitzen. Das Protokoll des Kameraden Römer wurde in seiner Fassung genehmigt. Am 14. und 15. Juni findet in Bochum ein Führerturnus statt. Die Führer der einzelnen Abteilungen werden mit den üblichen Übungen zu beginnen haben. Das neue Wehrdienstgesetz der Wehr ist fertiggestellt. Es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es noch recht lange unbenutzt bleiben möge. Das Feuerwehr-Museum des Feuerwehrverbandes von Rheinland und Westfalen in Gelsenkirchen befaßt sich zurzeit mit der Herausgabe eines Buches über die Entwicklungsgeschichte des Feuer-

schutzes und des Feuerlöschwesens. Das Buch, das der Aufklärung und Anregung dienen soll, wird auch demnächst in Bochum eingeführt werden. Die weitere Veranstaltung der Hornisten-Abteilung hat zur Bildung der Feuerwehrkapelle geführt. Diese wird jetzt in der Wehr eine besondere Abteilung bilden. Die Wahl des Führers wird in der nächsten Versammlung getätigt werden. Eine Besprechung über innere Verhältnisseangelegenheiten bildet den Schluß der Versammlung.

24 eilige Posten nach Amerika im April. Für die Beförderung von eiligen Briefsendungen nach den Vereinigten Staaten stehen wieder mit zunehmender Fahrzeit mehr und mehr Schiffe zur Verfügung, im April nicht weniger als 24. Postschiff ist in Hamburg und Bremen am 3. für Bremerhaven, am 6. für Southampton, am 7. für Hamburg, am 8. in Köln, am 9. in Hamburg und Bremen für Southampton, am 11. in Köln, am 10. in Hamburg und Bremen für Bremerhaven, am 11. daselbst für Hamburg, am 13. für Southampton, am 18. in Köln, Hamburg und Bremen, am 19. und 20. daselbst für Southampton, am 21. für Bremen und Southampton, am 22. in Köln, am 23. in Hamburg und Bremen für Bremerhaven, am 27. daselbst für Southampton, am 29. in Köln, am 28. in Hamburg und Bremen für Hamburg, am 30. daselbst für Southampton. Die Schlusszeiten sind in Hamburg daselbst 10 nm., Southampton 7 nm., Hamburg daselbst 10 nm., Bremen 8 nm., in Bremen für Bremerhaven 1 nm., Southampton 7 nm., Hamburg 5 nm. Die Beförderung nach New York dauert von Köln 7-8 Tage ab 5,33 nm., von Hamburg und Bremen über Bremen 10 Tage, über Bremerhaven und Southampton 10-11 Tage, über Hamburg 11 Tage.

Landaufenthalt in Westfalen. Die Ueberführung der für den Landaufenthalt in Westfalen bestimmten Kinder erfolgt Freitag, 4. d. M., worauf wir nochmals hinweisen.

Der Roman „Am Hochzeitstag“ von Reinhold Ortman legen wir heute für unsere Leser bei.

Aus dem Landkreis Bochum.

at. Querenburg, 2. April. Statistik. Die Bevölkerung hat im letzten Vierteljahr um 3 abgenommen. In dieser Zeit haben 5 Eheschließungen stattgefunden. In diesem abgelaufenen Vierteljahr wurden 13 Kinder geboren, 7 Mädchen und 6 Knaben. Gestorben sind hier in dieser Zeit 7 Personen, 4 männliche und 3 weibliche. Die Verstorbenen fanden im Alter von einem Jahre bis 49 Jahre. Die Todesursache war in 3 Fällen Tuberkulose. Im letzten Vierteljahr sind hier 31 Personen zu- und 40 fortgezogen. — Arbeitslosigkeit. Auf Zeche Mansfeld, Schacht 5, hieselbst wird immer noch nicht wieder gearbeitet, ein Teil der Belegschaft ist auf dem Langendreer Schacht beschäftigt. Ramentlich die jugendlichen Arbeiter verschiedener Zechen sind immer noch ohne Arbeit. Die Zeche Kottbusch im Lottental ist seit längerer Zeit wieder voll im Betrieb.

Kiemte, 2. April. In der Gemeindevorstellung findet Samstag und Sonntag, 5. und 6. d. M. eine Filmvorführung statt, deren Reinertrag für die bedürftigen Konfirmanden und Konfirmanten Verwendung findet. Dem Wohlfahrtsamt der Gemeinde ist mit Sorgfalt ein gutes Programm zusammengestellt. Für gute musikalische Unterhaltung während der Vorführung ist ebenfalls gesorgt. Die Eintrittspreise sind so gesetzt, daß sie auch von weniger Mitteln zu erschwingen sind.

Hu. Kiemte, 2. April. Rektor Kreuz trat mit dem 1. April in den wohlverdienten Ruhestand. Mögen ihm noch viele Jahre in bester Gesundheit beschieden sein. — Die Hundesteuer wurde wie folgt umgeändert: die Sätze von 3 wurden auf 6, von 5 auf 10, von 10 auf 40 Goldmark erhöht. Der Nachtrag trat mit dem 1. d. M. in Kraft. — Eine Veränderung anstalt wird am Eingang des Friedhofes im Anschluß an das Doppelhaus am Friedhof auszuweisen sein. Die Aborte sind jedoch nur vom Friedhof aus zu benutzen.

ae. Gerthe, 2. April. Zu den Wahlen. Die Bürgerlisten zu den bevorstehenden Wahlen sind laut amtlicher Bekanntmachung des Wahlleiters seit dem 30. v. M. im Amtshaus, Zimmer Nr. 1, zu jedermanns Einsicht offengelegt. Es liegt im Interesse eines jeden Wahlberechtigten, von diesem Rechte weitgehendst Gebrauch zu machen. Besonders sollten es die Personen nicht verpassen, die in der Zeit vom 10. Okt. bis 4. Mai 1924 das 20. Lebensjahr vollenden, da die Listen auf Grund der letzten Personenstandsaufnahme aufgestellt sind. Mit dem Austragen der Wahllisten ist bereits begonnen. Wer keinen Wahlausweis erhält, aber wahlberechtigt ist, muß sich bis zum 13. April zwecks Eintragung melden. Sobald die Auslegungsfrist verstrichen ist, können unter keinen Umständen Aufnahmen in die Stimmlisten vorgenommen werden.

Die jüngste Kunnstedt.

Roman von Friedel Dergentz.

(Nachdruck verboten.)

Ich möchte Sie gerne einmal Klavierspielen hören, gnädiges Fräulein,“ sagte Herr Dürr, denn das Schweigen erschien ihm nach dem lustigen Plaudern unnatürlich. Aber Jila antwortete nur zerknüllt: „Ja, beim nächsten Besuch werde ich den Wunsch erfüllen, freilich sei Sie fräulein.“ Sie hatte eben Karl Wirt entdeckt und war ganz benommen von diesem seltsamen Zusammenstoß. Gerade als sie so lebhaft an ihn dachte, tauchte er auf. Da bräunten sich seine Lippen und er sagte: „Du darfst nicht mit mir eine Gruppe von Freunden. Jetzt verabschiedeten sich die beiden in ihrer vielleicht etwas zu geräuschvollen Unbesonnenheit. Jila liebte das Auffallende auch in ihrem Anzug. Sie trug ein mit grauem Pelz besetztes blaues Kleid, stelte einer vornehmen Mädele quellen ihre Trauben, roten Haare ähnelte hervor. Karl Wirt aber war wie immer mit gewöhnlichem Geschmack angezogen, stellte Jila fest. Ach, und sein feines, durchgeleitetes Gesicht, seine dunklen Augen!

Jila hatte Jila kaum entdeckt, da wollte sie ihn auch gleich durchschauen. Das war Jila ein bißchen peinlich. Sie nicht verlegen. Ein spielfähiges Gefühl erfaßte sie. War sie Jinas Freundin, dann mußte sie sich offen zu ihr bekennen — aber die Mutter warf ihr einen so strengen Blick zu, daß der Wille und der Mut sich zusammenbrachen, furchtbar feige bin ich, dachte Jila, und eine selbstverständliche Scham stieg in ihr auf. Und als sie nun an Wirts vorbeigingen und Jine sie mit dem eigenen höflichen Zug um den Mund grüßte, da war es ihr, als ob sie das gefürchtete Wort „Wasladendelle“ von Jines Lippen ablasse. Sie wurde über und über rot. Und sie war verstimmt. Barbara hatte freundlich, aber doch sehr zurückhaltend den Gruß von Wirts erwidert. Galtsoff bewußt kühl — er legte einen unüberbrückbaren Abstand in diesen Gruß. Oh, Jila hatte

das alles sehr klar erfasst, und trotzig wandte sie den Kopf, als sie im Vorbeigehen Jines Stimme hörte, „du, Jila, morgen vormittag erwarte ich dich.“ Sie nicht zustimmend und rief: „Ich freu' mich schon!“ Und warf Jines Bruder einen warmen Blick zu.

Herr Dürr lächelte lässlich, als er Jila fragte: „Das war wohl ein Schauspieler? — Feiner, runder Kopf,“ fügte er lebensmüde hinzu.

„Nicht wahr?“ Jila sagte es wie erleichtert. Sie hatte Herr Dürr fast lieb von diesem Wortes willen. Nein, Schauspieler ist er nicht. Aber auch Künstler, — Schriftsteller.“ Ganz richtig klang ihre Stimme.

Frau Kunnstedt dampfte ihre Begeisterung. „Nun, mein Liebes Kind, du mußt nicht vergessen, daß der junge Herr Wirt ja vielleicht ganz begabt sein mag — aber doch tatsächlich noch nichts geleistet hat.“ Sie wandte sich erklärend zu Herr Dürr, er blickte. Nun, ja. „Aber Mutter!“ unterbrach Jila gekränkt, „sogar Bettreger — das ist nämlich ein sehr gefährlicher Künstler.“ wandte sie sich lebhaft zu Herr Dürr — „sogar der hat gesagt: ein Talent, bei dem der Eindruck des Besonderen unüberkennbar ist.“

„Ich habe auch hier Veräurtes nachzuholen, gnädiges Fräulein. Ich bin in der Literatur ein arger Sünder. Aber die Werke von Herrn Wirt lese ich in den allerhöchsten Tagen. Sie haben ihn so warm vertriebt, daß ich schon aus diesem Grunde seine Arbeiten kennen lernen möchte.“

Wirts Werke? Jila wurde nun gleich wieder ein bißchen kleinlaut. „Er hat noch nicht viel veröffentlicht; bis jetzt eigentlich nur ein Buch, aber — Versperrte Wege“ heißt es; ich kann es Ihnen leihen!“

„Sehr gut.“ Und die Dame, die mit Herrn Wirt ging, das war aber doch sicher eine Schauspielerin? „Seine Schwester. Sie bildhauert und ist eine Schulfreundin von mir.“ Herr Dürr sah vor sich hin. Und dann sagte er lächelnd: „Meine Schwester würde ich allerdings bitten, nicht ganz so — nein, so auffällig dürfte sie sich nicht anziehen.“

„Er ist doch ein Philister.“ dachte Jila, und fügte einen leisen Groll gegen Herr Dürr in sich aufsteigen. Schweigend gingen sie weiter.

„Du mußt einmal mit Jila reden, Hubert,“ bat Barbara, als sie etwas Abstand genommen hatten, ihren Verlobten. „Auf dich hört sie. Dieser Verkehr mit Wirts wird immer unmöglicher. Wie sah Jine Wirt heute wieder aus?“

Galtsoff fand das auch. Ihn waren die Verhältnisse im Hause Wirts widerlich. Schon lange trankte ihn die Freundschaft seiner Schwägerin mit der Künstlergesellschaft. Jila gedachte geradezu ihren Ruf, stimmte er Barbara bei. „Es ist mir ganz unerträglich, was sie dort hineinzieht.“

Man darf sich natürlich den Verkehr nicht schroff verbieten, das würde sie nur reizen und gerade das Gegenteil bewirken.“ Barbara sagte es bestimmt, denn das Wohl Jilas lag ihr sehr am Herzen, und sie konnte sich einen leisen Verdacht nicht erwehren. Sollte Jila in Wirt verliebt sein, vielleicht sich selber noch unbenutzt? Sie empfand den Gedanken wie eine persönliche Not.

Die Vorhänge in Jines Zimmer waren zurückgejogen. Durch das große, staubgetriebene Fenster glanzte ein mäßiges ein blauer Sonnenstrahl. Jila blinzelte auf die getrockneten Regentropfen, die an inneren Wänden auf einem schmutzigen Kindergerüst erschienen. Während sie das Regentropfen angoß, ließ sie ihre Hände im Zimmer umherstreifen. Dem Nicolo da Umano hatte Jine in der Eile gestern die graue Bekleidung übergestülpt, und der aufgestülpte Arm der Kalliope diente als Halter für Reißzweilen verschiedener Größen.

Schweigend sah Jine auf einen hohen Drehschuh vor der Staffelei und arbeitete abwechselnd mit Schlinge und Modellierholz an einem Relief „Amazonen“. Kritisch betrachtete sie eben ihr Werk. Sie legte den Kopf leicht zur Seite und kniff das linke Auge zu. Ein konzentrierter Ausdruck zog über ihr Gesicht. Sie senkte die Mundwinkel und gestand sich ehrlich, daß die

Gruppe nicht lebendig wirkte; der Hals des Pferdes mühte länger werden. Sie griff zu einem Messer und hob vorsichtig die Waffelinsicht ab. Ohne aufzuheben, fragte sie Jila gereizt, ob sie immer noch nicht fertig mit dem Umkleen sei. Zu der Unzufriedenheit über die Arbeit gestellte sich der Groll gegen Jilas geistiges Benehmen. Galtsoffs Gruß war noch nicht verwunden, sie fühlte sich empfindlich gekränkt.

Jila knüpfte noch an der Atlasweste. „Gleich, Jine.“ Heute hatte Jine wieder den kalten, strengen Ton, den sie alle in der Schule so gefürchtet hatten.

„Du, dein Schwager Galtsoff hat ja eine gelungene Maske.“ sagte Jine plöblich freudig. Jila wurde rot. Auf einen Angriff in dieser Richtung hatte sie schon die ganze Zeit gewartet. Aber sie fragte doch mit gleichgültiger Stimme: „Wie meinst du das?“ Jine glitt von ihrem hohen Stuhl, ging zum Tisch, öffnete eine Schachtel und zündete sich bedächtig eine Zigarette an; und indem sie Jila die Schachtel hinhielt, sagte sie lässlich: „Na, meinst du, dein Schwager grenzt bedenklich an Dummheit — Entschuldige.“ Sein Gruß geknirscht war ein Kabarettstückchen. Diese Marionette seiner Karriere — sie ließ den Rauch durch die Nase — ist furchtbar komisch.“

„Ach, Jine, du bist immer gleich so ausfallend. Du kennst Hubert ja kaum.“ Jila streifte den altgoldenen Atlasrock über und zupfte an der Spitzenkrause. Sie fühlte schon, Jine hatte sich allerlei Bosheiten aufgehoben. Zu offensichtlich hatte man ihr gestern gezeigt, daß man sie nicht für voll nahm.

„Kenne ihn nicht?“ Ein Philister ist er. Ober gibt es etwas Philistischeres, als immer nach dem lieben Nächsten zu schauen?“

„Zur er ja gar nicht.“ sagte Jila trohig. „Na, ich danke.“ Wenn bei ihm nicht alles nach dem Schema geht, dann kriegt er's mit der Angst. Seine Karriere! Mein Gott, der kann sich ein Glück vorstellen ohne den Beifall der Menge? Er braucht ihn sogar, um sein bißchen Dasein zu rechtfertigen.“

„Warum sagst du mir das alles?“ Jine bin doch nicht verantwortlich für Galtsoff.“ (Fortf. folgt.)

